

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Verzeichnungs-
 Liste für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepatente Koloni-
 zelle oder deren Raum 40 Pfg., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 nachmittags geöffnet.
 Verantwortl. Redakt.: Max I., Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 30. Dezember 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Bezugs-Einladung.

Am 1. Januar 1899 beginnt ein neues Abonnement auf den
„Vorwärts“
 mit Unterhaltungsblatt und der illustrierten Sonntags-Beilage
„Die Neue Welt“.
 Im Unterhaltungsblatt beginnen wir am 1. Januar 1899 mit
 dem Abdruck des Original-Romans:
Herrn Birkendraiths Pensionäre.
 Von O. Eugen Thoffan.
 Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren sowie unsere
 Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen
 Preise von
1 Mark 10 Pfennigen frei ins Haus.
 Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten
 Abonnements zum Preise von
3 Mark 30 Pfennigen
 für die Monate Januar, Februar und März
 entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Verzeichnungs-
 Liste für 1899 unter Nummer 7820.)
 Genossinnen und Genossen! Die Verbreitung des „Vorwärts“
 ist Eure Pflicht gegen Euch selbst, ist Eure Pflicht
 gegen die Partei.
 Der „Vorwärts“ wird nach besten Kräften seine Schuldigkeit
 thun. Thut Ihr die Eure!
 Die Redaktion des „Vorwärts“.

Die Krisis in der Textilindustrie.

Während im allgemeinen für die Jahre 1897 und 1898 ein Stehenbleiben und stellenweise auch eine kleine Erhöhung der bisherigen Löhne zu verzeichnen war, konnte das von der Textilindustrie nicht berichtet werden. So theilt Gewerberat Dr. Sprenger in seinem Bericht für 1897 (Seite 116) mit, daß in der Textilindustrie ein Rückgang der Löhne zu verzeichnen war. Die gewöhnlich wollten die Fabrikanten den schwachen Absatz durch Preisherabsetzungen heben und den dadurch entstandenen Ausfall durch Reduzierung der Arbeitslöhne wieder einbringen. Aber der Absatz wurde trotz Preisermäßigungen nicht flotter, die Krisis wurde intensiver und im Jahre 1898 folgten weitere Kürzungen der Arbeitslöhne bis zu 10 pCt., was um so empfindlicher war, als die Zahl der in der Textilindustrie beschäftigten Personen eine besonders große ist. Während im Bergbau, in Hütten und Salinen etwa 536 000 Personen in Deutschland beschäftigt werden, in der Industrie der Maschinen, Instrumente u. 583 000 und in der Metall-Industrie 640 000, wurden in der Textil-Industrie trotz ihrer hochentwickelten Maschinenteknik über 993 000 Personen beschäftigt, worunter 340 000 erwachsene Frauen und 62 000 Kinder und junge Leute sind.
 Die Ueberproduktion von Baumwollgeweben ist zunächst eine Folge des gesteigerten Ertrages der Baumwollenernte in den Vereinigten Staaten Amerikas. Derselbe ist in den letzten 25 Jahren um mehr als das Vierfache gestiegen. Infolge dieser Ueberproduktion an roher Baumwolle ist aber auch der Preis beinahe auf den vierten Theil gesunken, wie nachstehende Zusammenstellung zeigt:

Im Jahre	wurden geerntet in Millionen Pfund	dabei war der Durchschnittspreis pro Pfund	und pro Yard Druckstamm
1872	1804	22,19 Cts. (4 1/2 Pfg.)	7,88 Cts.
1880	2771	11,51	4,51
1890	3887	10,07	3,94
1897	4897	7,75	2,47
1898	5067	6,23	2,17

In den letzten Wochen ist der Preis für Baumwolle sogar auf 6 Cents per Pfund gesunken. Der Antheil der Vereinigten Staaten an der Weltproduktion der Baumwolle ist in dieser Zeit von 70 pCt. auf 85 pCt. gestiegen.
 Obwohl in der Union selbst eine immer zunehmende Verarbeitung von Baumwolle stattfand — sie stieg seit 1890 von 2 346 152 Ballen (à 500 Pfund) bis 1898 auf 3 443 581 Ballen —, wurde doch der größte Theil der geernteten Baumwolle nach Europa exportirt. So im Jahre 1897/98 7 532 615 Ballen. Deshalb gingen die Preise in Europa ebenfalls wesentlich herab, wie nachstehende Zusammenstellung der Preise am Ende der letzten neun Jahre für middling upland Baumwolle in Liverpool und Bremen zeigt, in Liverpool per engl. Pfund von 453 Gram, in Bremen per Kilogramm.

	1890	1891	1892	1893	1894
in Liverpool 3/16 Pence	5 1/2	4 3/8	5 1/4	4 1/2	5 Pence
in Bremen 114,2 Pfg.	88,2	90,0	88,0	72,4	Pfg.
	1895	1896	1897	1898	
in Liverpool 3/16 Pence	4 1/2	4	3 1/2	3 Pence	
in Bremen 72,9 Pfg.	81,0	75,1	59 Pfg.		

Während man aber in England in Rücksicht auf die neu eingerichteten mit beispiellos billigen Arbeitskräften arbeitenden indischen Baumwollen-Spinnereien und Webereien und auf die Zunahme der

Vereinigten Staaten die Zahl der in Betrieb gesetzten Spindeln um etwa eine Million verminderte, steigerte man in Deutschland die Baumwollen-Industrie ganz unverhältnismäßig. Nach der „Allg. Ztg.“ war die Zahl der Baumwollen-Spinnereibetriebe:

	1888	1892	1897
im Rheinland	40	46	52
in Westfalen	15	22	33
die Zahl der Spindeln in Rheinland	435 000	655 000	797 000
in Westfalen	282 000	493 000	539 000
der Baumwollen-Verbrauch:			
im Rheinland	188 000	200 000	207 000
in Westfalen	58 000	116 000	203 000

Das macht in 10 Jahren eine Steigerung der Produktion im Rheinland um 60 pCt., in Westfalen um 350 pCt. und in beiden Provinzen zusammen um 108 pCt. In einigen anderen Theilen Deutschlands, namentlich in Sachsen, war die Produktionssteigerung eine ähnlich starke. In ganz Deutschland hatte sich die Produktion von Baumwollgeweben in zwölf Jahren um 57 pCt. gesteigert. Sie betrug nach der „Bayer. Zeitung“ 1887 1 007 000 Ballen und 1898 1 561 000. Dabei sanken die Preise der Fabrikate erheblich. Der Jahres-Durchschnittspreis war

im Jahre	1890	1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897
für Gladbacher Wotergarn Nr. 20 (pr. Kilogr.)	1,08	1,49	1,88	1,51	1,35	1,32	1,49	1,21
Reißel 3/16 (pr. Mtr. 78 cm breit)	0,236	0,198	0,183	0,231	0,197	0,195	0,204	0,179

Aber der Konsum blieb weit hinter der Produktion zurück. Auch die Ausfuhr von Baumwollgeweben und Waaren hat in den letzten Jahren eher ab- als zugenommen. Sie hatte 1895 einen Werth von 232,9 Millionen Mark und 1897 einen solchen von 229,5 Millionen Mark und sie sank in den ersten 9 Monaten 1898 gegen die gleiche Zeit im Vorjahre um weitere 5,48 Millionen Mark.

In den Vereinigten Staaten hatte sich in dieser Zeit die Baumwollen-Industrie ebenfalls mächtig entwickelt, namentlich in den Südstaaten, wo man in den letzten Jahren eine Reihe neuer Fabriken mit vollkommensten Maschinen eröffnet hatte. Die Zahl der Spindeln betrug:

	1890	1898
in den Neu-England-Staaten	11 000 458	13 238 376
Mittelftaaten	1 736 310	1 753 471
Westtaaten	170 266	235 044
Südstaaten	1 613 280	4 057 244
Summe	14 520 314	19 284 135

Dabei ermäßigten die Südstaaten die Preise für die Fabrikate immer mehr. Druckstamm wurde zu 2 Cents per Yard und selbst darunter abgegeben. Die Fabriken in den Südstaaten hatten allerdings weniger Fabrikationskosten, namentlich billigere Arbeitskräfte und bessere neuere Maschinen. Die aufgestapelten Vorräthe betragen zwei bis zweieinhalb Millionen Stück. In Fall River, dem Centrum der Baumwollen-Industrie in den Neu-England-Staaten, erzielt Druckstamm gegenwärtig nur noch 2 Cents per Yard und selbst weniger, womit kaum die Herstellungskosten gedeckt sind. Trotzdem hatten die Bemühungen, durch ein einheitliches Vorgehen eine einheitliche Produktions-Einschränkung und Preisbesserung herbeizuführen, kein Resultat. Der Druck starker Ueberproduktion lastet nach wie vor auf einer Industrie, die in Fall River allein mit einer Produktionsrate von durchschnittlich 230 000 Stück pro Woche weiterarbeitet. Gleiche Mißerfolge hatten die Bemühungen, durch gemeinschaftliche Produktions-Einschränkung oder zeitweilige Einstellung des Betriebes Preisbesserungen zu erzielen, auch sonst überall, wo wegen der Ueberproduktion dieselbe am Platz gewesen wäre, so in Sachsen, Westfalen, Rheinland, Elb- und Oesterreich, Belgien und Japan, obgleich hier überall der Absatz noch schleppender war, als in den Vereinigten Staaten, wo ein glücklich beendeter Krieg und eine ausgezeichnete Weizenernte die Kaufkraft wesentlich gehoben hatten. Aber auch in Amerika wird sich schließlich die Ueberproduktion fühlbar machen. Namentlich ungünstig gestellte kleinere Fabriken werden sich zur Beschränkung und schließlich Einstellung ihres Betriebes gezwungen sehen. Dann wird in den Großbetrieben der Baumwollen-Industrie eine Krisenbildung stattfinden, wie sie sich ja in Amerika allmählich in fast allen Betriebsarten geltend macht, und in den europäischen Ländern wird dies früher oder später ebenfalls geschehen.

Auch die Industrie der übrigen Gewebstoffe leidet, zwar nicht in dem Maße wie die Baumwollenindustrie, an schlechtem Absatz. Die Wollenproduktion hat in Deutschland, früher dem Hauptproduktionslande für dieselbe, abgenommen. Dafür hat sich die Schafzucht rasch in Australien, in Kapland, Argentinien und Südrussland ausgebreitet. Die Einfuhr roher Schafwolle in Deutschland sank von 1896 bis 1897 dem Werthe nach um mehr als 10 Millionen Mark. Doch bewirte der Preisfall für Wolle im Jahre 1898, daß die Einfuhr derselben in den ersten neun Monaten gegen die entsprechende Zeit im Vorjahre wieder um mehr als 20 Millionen Mark stieg. Auch wurden infolge dessen in Deutschland, Oesterreich und anderwärts viele Wollwaren-Fabriken nicht unwesentlich vergrößert und die Spindelzahl vermehrt, doch Konsum und Ausfuhr gingen 1898 weiter zurück. Während der Export von Wollwaren im Jahre 1896 gegen das Vorjahr um 7 1/2 Millionen Mark und 1897 um weitere 10 Millionen

Mark sank, weist er 1898 schon in den ersten neun Monaten einen weiteren Rückgang von 19 Millionen Mark auf. Diese Störung des Absatzes veranlaßte die Wollspinnerei-Vereinigungen, gemeinsame Betriebsreduktionen von 10 pCt. und dann von 20 pCt. eintreten zu lassen; doch trat auch infolge dieser Maßregel keine Besserung der Lage ein und das Geschäft in allen Woll-Branchen und den damit zusammenhängenden Wirkwaren, Konfektion u. nimmt nur schleppenden Verlauf.

Auch in der Seiden-Industrie, die freilich nicht die Bedeutung der Baumwollen- und Woll-Industrie hat, ist der Absatz ein schleppender und namentlich die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten nimmt von Jahr zu Jahr ab. Da dort selbst seit einigen Jahren eine starke Seiden-Industrie sich heranbildet, so daß sie nicht nur bald den gesammten Bedarf der Vereinigten Staaten an Seidenwaaren deckt, sondern sich auch schon stark mit Export von Seidenwaaren befaßt.

Der Werth der Seidenwaaren-Manufaktur der Vereinigten Staaten betrug:

1860	6 607 778 Dollars
1870	12 210 692 „
1880	41 033 045 „
1890	87 298 454 „
1898 (Schätzungsweise)	150 000 000 „

Der Werth der Ausfuhr an amerikanischen Seidenwaaren betrug:

1888	56 659 Dollars
1893	161 678 „
1898	297 074 „

Neben der amerikanischen Konkurrenz macht sich neuerdings auch die japanische immer mehr fühlbar, wiso mehr, als die Japaner nicht nur eine bemerkenswerthe Geschicklichkeit und Anpassungsfähigkeit zeigen, sondern auch überaus niedrige Arbeitslöhne haben. Für Männer 76 bis 84 Pf., für Frauen und Mädchen 34 bis 42 Pf. pro Tag. Bereits 4000 mechanische Webstühle vollkommener Art und ca. 50 000 Handstühle dienen, wie das amerikanische „Seidenjournal“ schreibt, dort schon der Seidenweberei, auf denen die prächtigsten Arbeiten in Satin, Damast und Brokat hergestellt werden. Wenn auch die Krefelder und Loner Webereien noch für einige Zeit in der Herstellung gewisser Muster unerreicht bleiben werden, so verursacht die aufblühende amerikanische und japanische Seiden-Industrie ihnen doch empfindlichen Abbruch, der sich auch auf das Einkommen der Arbeiter überträgt, was diesen die Befestigung ihrer Organisation doppelt zur Pflicht macht.

Noch mehr als Seide tritt Flach- und Hanf-Industrie gegenüber der Baumwollen- und Wollen-Industrie zurück. Die Leinwand ist schon in früheren Jahren, namentlich in England, Belgien und Oesterreich, sehr von der Baumwolle verdrängt worden und die Leinwandweberei hat in den letzten Jahren ihre Betriebe nicht weiter einzuschränken brauchen, ist auch nicht an Preisfall; doch sind die Arbeitslöhne in dieser Branche beinahe schon äußerst niedrig.

Bei der Jute, einem ziemlich neuen Textilstoff, ist der Verbrauch entschieden in der Zunahme begriffen, unter anderem für Futtersäcke, Sacktücher u. So konnte in den ersten neun Monaten dieses Jahres der Import roher Jute um 12 Mill. Mark gesteigert werden, ohne daß Ueberproduktion eintrat. Aber auch die Jute-Industrie hat keinen Anlaß mehr, hoffnungsfreudig in die Zukunft zu sehen, da auch für sie die Zeit der Ueberproduktion immer näher kommt. Man schätzt den gegenwärtigen Bestand an Spindeln auf 107 000 und an Webstühlen auf 5800. Aber man ist jetzt mit der Aufstellung von weiteren 28 000 Spindeln und 1200 Webstühlen beschäftigt, was einer Produktionszunahme von mehr als 25 Millionen Kilogramm im Jahr entspricht. Dazu kommt, daß sich auch in Indien die Jute-Industrie weiter entwickelt und trotz Schutzoll mit ihren Geweben in Deutschland Abnehmer findet.

Wie im allgemeinen wird auch in der Textil-Industrie der Ausgange der gegenwärtigen Krisis darin bestehen, daß eine Reihe Kleinbetriebe aufgegeben werden müssen. Das wäre ja weiter nicht zu bedauern. Denn bekanntlich sind die Kleinbetriebe und die Hausindustrie die gesundheitschädlichsten, in denen die Forderungen des Arbeiterschutzes am schwersten zur Einführung kommen und in denen auch die Lohnverhältnisse die traurigsten sind. Ein anderer zu berücksichtigender Punkt ist aber der, daß die dann das Terrain allein beherrschende Großindustrie sich zweifellos früher oder später anfangs zu lockeren Kartells, dann zu festeren einheitlichen Syndikaten vereinigen und ihre Produktion dem Konsum entsprechend ausdehnen oder einschränken und so die Entstehung von Ueberproduktion und Preisfällen vermeiden wird. Die Arbeiter haben dann wohl weniger von Krisen zu leiden, aber sie stehen dann einer ganz anderen Macht gegenüber, wie in den Kleinbetrieben. Es ist nicht die einzelne Fabrik, der sie dann mit ihren Forderungen in betreff Arbeitslohn, Arbeitszeit u. gegenüberstehen, sondern alle im Kartell u. vereinigten Betriebe des Landes. Das ist eine Macht der eines Stumm oder Krupp vergleichbar, wenn nicht noch größer als diese.

Deshalb ist es eine Lebensfrage für die Textilarbeiter, sich noch vor dem Zustandekommen dieser mächtigen Arbeitgeberkartelle trotz Zuchttausbildung in so starken Organisationen zu vereinigen, daß auch die Unternehmerkartelle sie respektiren müssen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Dezember.

Die Ledert-Lühov-Nebenregierung ist wieder an der Arbeit und kündigt eine neue Reichskanzler-Krise an. Es wird mitgeteilt, daß Hohenlohe um der Adlerei und Wossjade willen mit Miquel und dem Kaiser selbst in scharfen Gegensatz gerathen sei und wohl bald das Feld werde zu räumen haben. Scharfer Gegensatz!

Wer laßt da nicht! Herr von Hohenlohe in scharfem Gegensatz! Gerade das Nichtscharfe, das Abbrechen aller Spitzen, das sich Anfügen an alle Ranten und Eden ist ja das Wesen des Fürsten von Hohenlohe; und zwar das Wesen, dem er seine Stellung verdankt.

Mit 78 Jahren verändert ein Mensch nicht sein Wesen. Und wenn der Reichskanzler Lust trüge nach einem „guten Abgang“, dann hätte er längst abgehen müssen. Und im Weg ist er ja niemanden. Er gleicht einem jener gutmüthigen Ehemännern, die einer erzentrüchigen Frau alles erlauben, und von ihr zwar nicht geliebt, aber doch als ein bequemeres Uebel betrachtet werden. Die Herren Agrarier können es nicht besser bekommen als unter Hohenlohe. Miquel als Reichskanzler würde voraussichtlich weniger für sie thun, als Miquel mit dem Reichskanzler Hohenlohe als Vorgesetzten.

Daß es aber auch unvernünftige Junker gibt, und daß diese gegen Herrn v. Hohenlohe wüthen und hehen, ist gewiß. Und so fehlt es der Ledert-Lühov-Sippe allerdings nicht an „Hintermännern“. Das gehört nun einmal zum Fitzackurs und der Majestätsbeleidigungs-Aera. —

Die Ausweisungen

aus Schleswig-Holstein dauern immer noch fort und erregen die öffentliche Meinung in Deutschland in steigendem Maße. Neuerdings wird berichtet, daß mehrere dänische Kaufleute in dem eifer des Protektionsbros „Nejmdal“ aus dem Lande getrieben worden sind. Zwei Dienstknechte des Hofbesizers Andersen in Fredrup erhielten die Aufforderung, am Weihnachtstage vor dem Amtsvorsteher zu erscheinen. Da beide dänische Unterthanen sind und wohl nichts Butes ahnten, gingen sie sofort über die Grenze nach Dänemark. Von einem besonders bedauerlichen Fall von Ausweisung erzählt eine Kopenhagener Korrespondenz. Danach wäre eine Wittve, deren einziges Verbrechen darin bestand, daß sie nur dänisch sprach, mit ihrem kranken Kinde ausgewiesen worden. Das Kind sei auf der Reise gestorben. Der Vorfall sei dem deutschen Kaiser mitgeteilt worden.

Bei einem derartigen rücksichts- und zwecklosen Vorgehen ist es nicht verwunderlich, daß sich in der dänischen Geschäftswelt eine steigende Boykottbewegung gegen den deutschen Handel ausbreitet. Der „Konfessionar“, das Fachblatt der Berliner Konfektions-Industrie, berichtet z. B. hierüber:

Die dänischen Ausweisungen beginnen jetzt fast verheerend für diejenigen deutschen Firmen zu wirken, welche bisher Geschäfte mit Dänemark gemacht haben. Die dänische Kaufkraft weigert sich beharrlich, von deutschen Waren zu kaufen. Aber damit nicht genug, auch schwedische und norwegische Häuser haben in jüngster Zeit erklärt, daß sie zu ihrem Bedauern die langjährigen, liebgewordenen Verbindungen mit Deutschland abbrechen und ihre Waaren in Ländern kaufen, deren Regierungen gegen ein kleines schwaches Land nicht derartig vorgehen, wie der Kulturstaat Preußen gegen Dänemark. Ueberall, wo man nachfragt in Deutschland, aus Berlin, aus Sachsen, vom Rhein, aus Süddeutschland kommen Klagen über den großen Schaden, den das Geschäft durch die dänischen Ausweisungen erleidet.

Daß die Stimmung der deutschen Geschäftswelt durch diese Wirkungen der Adlerschen Politik immer erbitterter wird, ist erklärlich. Von allen Seiten prasseln die Angriffe auf die Regierung, die ja die Verantwortung für Adlers Thaten übernommen hat, herein. Sie wird demnächst ja im Landtage Gelegenheit haben, über die Sache Aufklärung zu geben, und sie bemüht sich bereits jetzt, in der offiziellen Presse durch großsprecherische Redensarten die öffentliche Meinung auf ihre Seite zu ziehen. Da lesen wir in der „Nordd. Allg. Ztg.“:

Es wird der Staatsregierung nichts erwünschter sein, als daß den Gegnern der Maßregeln zum Schutz des Deutschtums in der Nordmark gegen dänischen Uebermuth und dänischen Terrorismus ausgiebige Gelegenheit gegeben wird, die deutsche Politik der Regierung anzugreifen. Die Staatsregierung wird gerne die Gelegenheit ergreifen, alle nötigen Aufklärungen zu geben, und ist sicher, daß die preussische Volksvertretung, wie die deutsche Bevölkerung in Nordschleswig dies schon längst gethan hat, sich voll überzeugen wird, daß es die höchste Zeit war, gegen die wohlorganisirte, auf künstliche Exzitation gerichtete dänische Agitation in preussischen Gebietskreisen fest einzuschreiten und das wankende Selbstgefühl der Deutschen, sowie das Vertrauen auf die Unterstützung der Regierung wieder zu heben. Es wird in allen Fällen nützlich sein, wenn aus einer Diskussion im Landtage die um ihre Rationalität kämpfenden Deutschen die Gewißheit erlangen, daß die Staatsregierung sich nicht irre machen und die dänischen Agitatoren nicht darüber in Zweifel zu lassen gewillt ist, daß sie in Preußen und nicht in Dänemark sind!

Von irgend einer besonders hervortretenden dänischen Agitation ist in letzter Zeit nicht das geringste bekannt geworden. Und so vermuthen wir denn, daß es der Regierung sehr schwer fallen wird, durch ihre Erklärungen im Landtage die öffentliche Meinung zu überzeugen, daß ihre massenhaften Ausweisungen ganz unschuldiger dänischer Dienstboten eine deutsche Politik genannt zu werden verdient. Bis jetzt hält man diese unbegreiflichen Adlereien für eine ganz zwecklose Gewalt-Politik. —

Ueber die Palästina-Reise des Kaisers

hielt der Ober-Hofmeister der Kaiserin, Freiherr v. Mirbach, in Potsdam einen Vortrag, der mancherlei recht Interessantes enthielt. So erzählte der Redner beispielsweise:

Man sah in Palästina nichts von dem gewöhnlichen Zustande der Dinge, nichts vom alltäglichen Leben des Volkes, sondern alles war so außerordentlich, wie es Jahrhunderte nicht gesehen haben und erwarten konnten. Aber dennoch konnte man an dem Zustande des einst so reich gesegneten Landes sehen, daß es unter dem Fluch Gottes steht. — In Venedig an Bord empfang der Kaiser die ersten Deutschen von der Festnahme einer Anarchistenbande in Wort Said, die sich nach Palästina hatte einschiffen wollen. Die Nachricht machte tiefen Eindruck. Es wurde wenig darüber gesprochen; aber jeder fühlte, daß das hohe Paar nicht allein von Menschen geschützt werden könne, sondern daß der Schutz Gottes die Hauptsache ist. Diesem Gedanken gab der Ober-Hofprediger D. Orlander einen ergreifenden Ausdruck; er predigte über den 91. Psalm: „Wer unter dem Schirm des Höchsten ruhet, ob Tausend fallen zu deiner Seite und Zehntausend zu deiner Rechten, so soll es doch dich nicht treffen, ich will ihn füttern mit langem Leben und will ihm zeigen mein Geiß.“ — Einsam und allein fuhr die „Hohenzollern“ in stolzer langsamer Fahrt in die Nähe des Marmarapalastes des Sultans. Wie ganz anders war diese Einfahrt, als die vor neun Jahren! Damals schaukelten tausende von Fahrzeugen um uns herum — heute war alles still und leer. Mit eiserner

Strenge waren weit hinten die Absperrungsketten gezogen. Nur wenige Schiffe, so die für den Empfang zurückgebliebene „Bohemia“, durften sich in angemessener Entfernung aufhalten. In Konstantinopel waren alle Straßen neu gepflastert, alle Häuser neu angestrichen, von oben bis unten geschmückt und alles festgehalten, was das Auge des Kaisers und der Kaiserin irgendwie hätte beleidigen können. Es war ein Absperrungssystem, wie man es sich praktischer und schöner nicht denken kann. Wir erfuhr, daß seit Wochen die ganze Stadt durchsucht worden und daß jeder, der sich nicht ausweisen konnte, in das Innere Kleinasiens geschickt worden war. Auch wurden Hunderte von Menschen während unserer Anwesenheit in den Ständen der Gefängnisse gut verpflegt. Bei so umfassenden und so humanen Vorbereitungen begreift es sich ja, daß die Bewöpfung eine ungeheure Freude über die Anwesenheit des deutschen Kaisers empfinden dürfte! —

Deutsches Reich.

Predigtbuch für Marine-Offiziere.

Es wird mitgeteilt: Der Kaiser hat durch den Feldprobi der Armee ein Predigtbuch für die Kriegsschiffe der Marine herrichten lassen. Nach diesem Buche soll auf den Kriegsschiffen, die keinen Geistlichen an Bord haben, von dem damit betrauten Offizier die Andacht nach der Gottesdienst-Ordnung abgehalten werden. Gleichzeitig ist der Wunsch ausgedrückt worden, daß auch auf den Schiffen der Handelsmarine bei der Abhaltung des Gottesdienstes für die Mannschaff und Passagiere von dem Kommandanten bezw. dem die Sonntagandacht leitenden Offizier dieses Buch in Gebrauch genommen wird. Hiernit wird demnach auf den überseeischen Handels-Dampfschiffen Hamburgs der Anfang gemacht werden.

Den Mangel eines solchen Predigtbuches für Marine-Offiziere, das bequem und ohne daß der Predigende viel von religiösen Dingen zu lernen braucht, auf der Seefahrt benutzt werden kann, hat der Kaiser, wie uns zu obiger Mittheilung erzählt wird, wohl selbst empfunden.

Der Kaiser pflegt nämlich, wenn er mit der „Hohenzollern“ ausfährt, Sonntags auf Schiffsbord Andachtsdienste anzuordnen und dabei selbst als Prediger aufzutreten. Und er nimmt es sehr ernst mit diesem Amt. Denn während andere krieglustige Schiffskommandeure die Aufgabe des Sonntagspredigers leicht als etwas bräud empfanden und den Kirchendienst so kurz als möglich erledigen, pflegt der Kaiser allmütiglich mehrere Stunden damit zuzubringen. Bisher wurde ihm dazu aus Berlin ein Predigttext zugesandt, den er dann zur Verlesung brachte. Jetzt soll's bequemer eingerichtet werden.

Wenn aber auch die Handelsmarine mit vervielfältigter Frömmigkeit bedacht werden soll, so werden die Hamburger Seeleute über die Einführung des geistigen Plana auf den Handelsschiffen vermittelst mit dem Verlangen quittiren, daß endlich einmal das zur Leibes Nahrung und Nothdurft Erforderliche in genügender Menge und genügender Qualität herbeigebracht werde. Auch auf die Nothwendigkeit einer annähernd ausreichenden Entlohnung werden sie bei dieser Gelegenheit nicht verfehlen hinzuweisen. Uebrigens ein dautbarer Vorwurf für einen Sklavereizeichner. Die Hamburger Großhändler als die profitgierigsten aller deutschen Unternehmer anständig mit dem Vertheilen von Predigtbüchern für ihre Lohnslaven beschäftigt!

Vom bayerischen Zentrum.

Am Mittwoch fand in München die Delegirtenversammlung der bayerischen Zentrumspartei statt. Sie war von nahezu 800 Personen besucht, darunter befanden sich alle Vorkämpfer des Zentrums, wie Doller, Darterer, Richter und Schädel. Es wurde eine stramme Partei-Organisation durch Kreisvereine und Vertrauensmänner beschlossen. Das Programm der Zentrumspartei des Reichstages, insbesondere die Wahrung der Reservatrechte, wurde einstimmig angenommen. Die Debatte wurde erst heftig bei der Frage des Parteiprogramms; schließlich wurde die neu gegründete „Bayerische Zeitung“ zum offiziellen Organ gewählt. Die Versammlung beschloß, im Reichstag einen Protest einzulegen gegen die angebliche Verletzung des Reservatrechts durch Erklärung des Militärsenats, ferner gegen jede Erhöhung der Militärausgaben zu stimmen. Das neu gewählte Partei-Organ erhielt den Auftrag, aufs schärfste gegen weitere Fortschritte Preussens in Bayern zu opponiren. Angenehm werden den vorbenannten Zentrumsführern diese Beschlüsse der bayerischen Parteikreise mit sein. Die Militärvorlage der Regierung erregt jedoch durch die Opposition der Bayern nicht ernstlich gekümmert. Das Zentrum wird eben, wie bei der Marinevorlage, getrennt stimmen. Wie lange aber die Partei derartige Zweifelsigkeiten in den wichtigsten Fragen der Reichspolitik wird ertragen können, das ist eine andere Frage. —

Wismar unter Zensur!

Es ist kein Scherz: Für Wismar ein staatsgefährlicher Schriftsteller und seine Memoiren ebenso verpönt wie die Schriften seiner sozialdemokratischen Antipoden. Freilich nicht bei uns in Deutschland, wo das Wismarbuch von allerlei Geschäftsherrn als größtes Geschäftswerk des Jahrhunderts ausgeführt wird. Wohl aber im fremdenlandlichen Ausland, mit welchem Staate die Drahthe nicht zu zerbrechen und Versicherungsverträge abzuschließen Wismar stets als erste politische Aufgabe Deutschlands ansah. Und doch ist das letzte Werk des „großen Kanzlers“ unter Zensur gestellt. Der „Voss. Ztg.“ wird darüber aus Petersburg geschrieben:

Seit mehreren Wochen lagern in allen größeren Städten des Reiches viele tausend Exemplare der Wismarschen „Gedanken und Erinnerungen“, und vergeblich ist bisher die Genehmigung zu ihrem Verfaufe erwartet worden. Wenn es auch einzelnen gelehrten Buchhändlern gelungen ist, einige Exemplare den Späherblinden der Zensurbeamten zu entziehen, so liegt doch die große Mehrzahl unter Siegel und Gewahrsam der Zensurbehörden. Nicht einmal die höchste zuständige Behörde, die Ober-Preuchverwaltungs, wagt es, die Herausgabe der Bücher zu verantworten, da Dinge darin stehen, die sonst überall von der Zensur gestrichen zu werden pflegen, wie die Erwähnung der Ermordung Kaiser Paul's — in der Oeffentlichkeit darf noch immer nur von dem „plötzlichen Ableben“ des Kaisers gesprochen werden —, die ungenirten Urtheile über den verstorbenen Reichskanzler Fürsten Gortchakow u. a. Der Chef der Ober-Preuchverwaltung hat daher die Entscheidung über die Freigabe der Wismarschen Memoiren dem Minister des Reichens überlassen, und Graf Murawiew wird nun zu befinden haben, ob das hinterlassene Werk des Fürsten Wismar in Rußland gelesen werden darf oder nicht.

Wunderbare Ironie der Geschichte. Das Buch des Mannes, der die Pressefreiheit haßte und die Presse seiner politischen Gegner knebelte so hart er nur konnte, nun selbst unter Siegel und hinter Riegel der Zensur gebannt.

Es giebt in den Reihen unserer Konserbativen zahlreiche Freunde russischer Zustände, insbesondere der russischen Zensur, die sie gar zu gern auch in deutsche Lande importiren möchten. Ob ihnen nun nicht doch etwas graulich wird vor ihrem Knuten-„Ideal“? —

Deutscher Flottenverein in Kairo. „Die Nordd. Allg. Ztg.“

verkündet mit lautem Trara die Gründung eines Flottenvereins in Kairo, nachdem bereits in Alexandria ein solcher gegründet war. Der flottenbegeisterte Korrespondent des offiziellen Organs schreibt:

Die groß das Interesse der hiesigen Kolonie für die Verklärung unserer Seemacht ist, und auf wie fruchtbareren Boden der Aufruf des „Hauptverbandes deutscher Flottenvereine in Auslande“ hier im Lande der Pharaonen fiel, geht aus der hocherfreulichen Thatsache hervor, daß die hiesige Versammlung von nicht weniger als 60 patriotisch gestimmten Männern aller Stände und Berufsarten besucht wurde, die sämt-

lich dem Vereine sofort beitraten, und daß die Zeichnungsliste in wenigen Minuten das überaus günstige Resultat von circa 218 Pfd. St. (etwa 4400 M.) Jahresbeiträgen ergab. Es steht zu erwarten, daß auch von den nicht erschienenen Mitgliedern der Kolonie noch weitere beträchtliche Beträge gesammelt werden. Möchten von allen Orien im Auslande, wo Deutsche zusammenleben und wo deutsche Interessen des Schutzes und Schirmes durch eine diesen Interessen gewachsene und der Bedeutung des Reiches entsprechende Flotte bedürfen, ähnlich glänzende Erfolge zu berichten sein!

Derartige Berichte von deutschen Flottenvereins-Gründungen — die oft genug von der Heimath her künstlich inspirirt werden — bald in diesem, bald in jenem Lande, gehören jetzt zu den beliebtesten Mitteln der Propaganda des Marine- Chauvinismus. Wenn da irgendwo einige Duzend Beamte und Kaufleute zusammenkommen und ihr flottenfrohes Herz überfließen lassen, so ist das natürlich ohne jede Bedeutung, denn jener Leute Patriotismus ist nur gar zu billig. Freilich in Kairo hat man allsogleich einige tausend Märtelchen gesammelt. Aber davon kann man auch noch nicht eine große Panzerplatte zahlen, und wer weiß, ob der patriotische Eifer zu weiteren Sammlungen vorhält. Bisher haben die Flottenschwärmer viel geredet von der Nothwendigkeit und Herrlichkeit einer großen deutschen Flotte, aber zahlen mußte allemal der arme deutsche Mittel!

Der preussische Kriegsminister und die Veteranen. Der preussische Kriegsminister hat gegen den Leipziger Veteranenverband, an die ihm unterstellten Behörden folgende scharfe Verfügung erlassen:

„Im Jahre 1864 hat sich in Leipzig ein Verband „deutscher Kriegsveteranen“ gebildet, gegen dessen Bestrebungen behördlicherseits bereits öfter hat Stellung genommen werden müssen. Ein im Sonderabdruck beigefügter Artikel der preussischen Jahrbücher (Heft II vom Februar d. J.) legt dar, in welcher Weise der Verband das von ihm erstrebte, wenn auch vorläufig von seinem Programm abgesehte Ziel, die Erlangung eines sogenannten Ehrensoldes für alle Kriegstheilnehmer ohne Unterschied verfolgt, wie er bei seiner Agitation sich nicht scheut, Behörden und Beamte anzugreifen und Unzufriedenheit in weite Kreise der Bevölkerung hineinzutragen. Der aufreizende Ton des Vereinsbros „Der Veteran“ ist in diesem und in dem letztverflohenen Jahre allerdings gemäßigter gewesen als früher, indessen ist die Reizung zu agitatorischem Vorgehen innerhalb des Verbandes nicht erloschen. Das Kriegsministerium erucht daher, die Angehörigen des dortselbstigen Vereins über den Verband und seine Bestrebungen aufzuklären und geeignete Anordnungen zu treffen, daß diesen Bestrebungen nach Möglichkeit entgegengetreten wird und die zum aktiven Heere gehörigen Personen dem Verbands und seinen Veranstaltungen thätlich ferngehalten werden. Für die Zivilverwaltung sind seitens der zuständigen Herren Ressortminister entsprechende Anordnungen zu erwarten.“

Dem Verbands gehören in zahlreichen preussischen Städten Zweigvereine an, gegen welche sich diese Verfügung richtet. Die Kriegervereine sind im übrigen bekanntlich sehr bestelt und der Kaiser hat erst dieser Tage das Protektorat eines Kriegervereins-Verbandes übernommen. Aber die Mitglieder des Leipziger Veteranenverbandes haben sich wahrscheinlich schon die in dem kaiserlichen Erlass erwähnte „patriotische Gesinnung“ rauben oder doch träben lassen. So, sie haben sogar Unzufriedenheit erregt. Und darum geschieht es ihnen recht, wenn sie nun geräffelt werden. —

Die Wahrung des Dr. Kunze am staatswissenschaftlichen Seminar in Leipzig wegen Kritik der amtlichen Handelsstatistik wird vom Direktor des Seminars, Professor Vöcher, in einer Verächtigung an das „Verl. Tagebl.“ durchaus bestritten. Das genannte Blatt hält jedoch die Behauptung aufrecht und befreit die Richtigkeit der Verächtigung auf grund genauer Informationen. —

„Agrarische Gesetzgebung“ nennt die „Allg. Ztg.“ in einem sehr scharf gehaltenen Artikel das Verfahren der Landwirthschaftskammer der Provinz Brandenburg, die kein Bedenken getragen hat, seit einigen Monaten eine vollständige Ein- und Verkaufsstelle für landwirthschaftliche Bedürfnisse in dem weitesten Sinne ins Leben zu rufen; sie vermittelte den Einkauf aller Futter- und Düngemittel, landwirthschaftlicher Geräte, Waidwägen, Stroh, Schmirnstoffe, den Verkauf von Weizen, Roggen, Hafer und Gerste; sie suchte dabei einen möglichst weiten Kreis von Abnehmern durch Gewährung umfangreicher Rabatte auf die Fabrikpreise zu gewinnen, und sie schloß dadurch zu neuer künstlicher Blüthe jenes verwerfliche System der Rabattwirthschaft, das die Unvollständigkeit im Handelsgewerbe am meisten zu fördern geeignet ist. ... Es ist eine selbstverständliche Grundregel für jeden gerecht geleiteten Staat, daß keinerlei amtliche Organisation, die aus staatliche in Steuern erhalten wird, Handelsgeschäfte treiben darf, welche in die berechtigige Thätigkeit des Privatgewerbes eingreifen. Wird diese Grundregel nicht innegehalten, so wird dadurch selbstverständlich jeder ehrliche Wettbewerb zerstört; denn es ist keine Kunst, Handelsgeschäfte zu betreiben, wenn man weiß, daß alle geschäftlichen Verluste von vornherein aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden. Den Landwirthschaftskammern in Preußen hat demgemäß der Gesetzgeber nicht die Aufgabe gestellt, landwirthschaftliche Handelsgeschäfte zu treiben; ihre Einnahmen bestehen nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuern und Zuschüssen des Staates, der Provinz, der Kreise und Gemeinden.

Die „Allg. Zeitung“ rüft schließlich die Regierung auf, dem Verfahren der bureaukratischen Landwirthschaftskammer ein Ende zu machen. Denn es ist selbstverständlich, sagt das Blatt, daß je länger die Regierung diesem Treiben zuseht, sie um so mehr einen Gegensatz zwischen Handel und Gewerbe einerseits und Landwirthschaft andererseits großziehen hilft, den nicht aufkommen zu lassen sie das dringendste Interesse haben sollte. —

Gegen den Kontraktbruch landwirthschaftlicher Arbeiter. Die Brandenburgische Landwirthschaftskammer hat Formulare drucken lassen für Straf anzeigen gegen landwirthschaftliche Arbeiter und Dienstboten, die sich des Kontraktbruchs schuldig gemacht haben. Diese Formulare sollen unentgeltlich an alle Landwirthe der Provinz abgegeben werden. Es soll damit eine allgemeine und gleichmäßige Verfolgung des Kontraktbruchs, der namentlich unter den landwirthschaftlichen Arbeitern in bedenklichem Maße zunehme, in die Wege geleitet und so zugleich Material beschafft werden zum Beweise der Nothwendigkeit des Erlasses scharferer Strafbestimmungen für Kontraktbruch.

Wir zweifeln nicht, daß die Brandenburgischen Junker genügend „Material“, nach ihrer Weise dargestellt, beibringen werden. Einen Werth können diese Erhebungen aber nur haben, wenn sie ergänzt würden durch Behauptungen seitens der Arbeiter; wenn diese ihr Material auspacken und erzählen über die elenden Löhner, in denen sie haften, von dem Futter, das ihnen vorgelegt wird, von der endlosen Säuserei und den groben Mißhandlungen, denen sie von den rohen Patronen oft ausgelegt sind. Wird alles dies zusammengetragen und vervollständigt durch Lohnstatistiken und Gerichtsverhandlungen, in denen die Brutalitäten der Blaubüchigen zur Sprache kommen — und an solchen mangelt es nicht — dann würden wir uns der Enquete mit Freuden anschließen, denn dann würden auch die Ursachen des häufigen Kontraktbruchs der Landarbeiter festgestellt werden.

Aus Ossen, 28. Dezember. (Fig. Ber.) Zwei umfangreiche Gesetzentwürfe hat die heftige Regierung den Landständen als Weihnachtsangebinde überreicht. Der eine betrifft die Ablösung aller noch vorhandenen Reallasten und Dienstbarkeiten. Es sind dies die Heuberechtigungen verschiedener Art; ferner Weidberechtigungen; Privat-, Gemeinde- und Hofwäldchen; die auf Grundbesitz haftenden Reallasten, die Kirchliche oder Schulzweck dienen, oder in der Pflicht zur Anschaffung und Unterhaltung von Fabelbüchern bestehen; und schließlich alle Abgaben, die auf grund eines Erbpachtverhältnisses, einer Erbliche oder Landfidelisei geschuldet werden.

Die Ablösungssumme besteht, sofern der Berechtigte sein Recht zu befeuern hat, in dem achtzehnten, wenn dies nicht der Fall ist, in dem fünfundsiebenzigsten Betrag des einjährigen Bruttoertrages des abzulösenden Grundstückes. Diese Summe soll dem Pächter aus der Staatskasse gegen Nebnahme einer Tilgungsrente vorzugeschossen werden. Zinsfuß und Tilgungsquote sind gleich denen für Darlehen aus den Landes-Kreditkassen zu bemessen. Der Zweck des Gesetzes ist, das Unterbrot der früheren Ablösungsperiode zu beseitigen und der Ablösung selbst einen starken Impuls zu geben, um für die Anlage des neuen Grundbuches ein glatteres Feld zu haben. Als wirtschafts- und politisches Motiv führt die Begründung die vermehrte Notwendigkeit intensiver Bodenbewirtschaftung an, die die volle Bodenbestellung verlange und die Staatskasse rechtfertige. — Der zweite Gegenstand betrifft die Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Er enthält 27 Artikel, und ist von einer 332 Seiten umfassenden Begründung begleitet. Da noch eine Anzahl weiterer Spezialgesetze in Aussicht steht, so dürfte die heftige Gesetzgebungsarbeit arg ins Gedränge kommen, wenn sie noch vor Ablauf der Landtagsperiode mit der Vorarbeit für die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches fertig werden will. Die Revisionen finden bereits kommenden Sommer statt. Bis dahin soll alles unter Dach und Fach sein.

Ein „Anarchisten“-Prozess im Elsaß. Der Weber Bernardo Giustat aus Salto bei Turin, zuletzt in Großlaudenburg (Schweiz) wohnhaft, war angeklagt, am 7. Oktober zu Muringen im Elsaß öffentlich in einer Wirtshaus „aufreißerische Reden“ ausgeführt und in einem Gepräch über die Ermordung der Kaiserin von Oesterreich sich dahin ausgesprochen zu haben: er sei zwar auch Anarchist, aber an einer Frau werde er sich nicht vergreifen; dagegen käme es ihm nicht darauf an, eine höhergestellte Mannsperson, z. B. den deutschen Kaiser, zu ermorden. Der Kaiser werde auf der Rückreise vom Orient auch nach Straßburg kommen, dort werde er ihn treffen und seine Worte in Thaten umsetzen. Giustat war, wie sich in der Verhandlung ergab, betrunken, als er diese Aeußerungen that; auch sprach er französisch, während der gegen ihn aufretende Hauptbelastungszeuge diese Sprache nicht vollständig beherrscht. Da hiernach ein Mißverständnis in der Auffassung seiner Worte nicht ausgeschlossen war, gelangte das Gericht zur Freisprechung des Angeklagten.

Oberlieutenant a. D. von Egiby

Ist am Donnerstag an einer Herzkrankheit plötzlich gestorben. Eine sympathische und interessante Erscheinung unseres öffentlichen Lebens ist in ihm vom Schauplatz verschunden. Den militärischen Titel geben wir, weil er zu der Persönlichkeit des Todten gehört. Herr von Egiby, geboren im Jahre 1848, entstammte einer angesehenen Adelsfamilie; er wurde Soldat und war 1890 Oberlieutenant des Husaren-Regiments in Großenhain, ein persönlicher Freund des Königs von Sachsen, und verheiratet mit einer Prinzessin von Schwarzburg-Rudolstadt. Er konnte also „zufrieden“ sein. Der rege, für alles Gute empfängliche Geist des Husarenoffiziers endete aber bald, daß ein klaffender Widerspruch war zwischen der christlichen Lehre, an die er mit dem ganzen Ernst seiner Natur glaubte, und zwischen dem Leben und Handeln der christlichen Welt. Er begriff, daß das Christenthum heutzutage nur leerer Formentram ist, und erkannte es als eine Forderung der Ehrlichkeit, diesem Formentram entgegenzutreten und alles Christenthum, das nicht das Leben durchdringt, als Heuchelei zu brandmarken. Das that er in seiner Schrift: „Ernte Gedanken“.

Es kam, was kommen mußte in dieser Welt des christlichen Militarismus, Mammonismus, Despotismus. Der christliche Staat konnte das Christenthum, das auch gelebt sein will, nicht dulden. Oberlieutenant von Egiby mußte seinen Abschied nehmen. Nun ward er Agitator, Apostel seiner Ideen. Das christliche Dogma, an dem er bis dahin noch gehaftet hatte, löste sich allmählig in ihm auf, sein Ideal wurde das reine Menschenthum, und die Ethik ward ihm der Fels zur sittlichen Umwälzung der Welt, und durch die sittliche auch zur sozialen und politischen. Er glaubte nicht an den Klassenkampf, nicht an den Klassen- und Interessentkampf. Er glaubte, alle äußerlichen Gegensätze und Widersprüche durch den „guten Willen“ überbrücken und ausgleichen zu können. Die Praxis hat ihm bittere Enttäuschungen gebracht. Der Sozialdemokratie, deren Ziele er mit den feintönen eins hielt, schloß er sich nicht an, weil er seine persönliche Unabhängigkeit wahren wollte. Von seinen Standesgenossen wurde ihm das jedoch nicht gedankt — sie betrachteten ihn als einen Ueberläufer.

v. Egiby hat sich auch auf das politische Gebiet gewagt. In Berlin, Ebersfeld und an anderen Orten hat er seit 1893 für den Reichstag kandidirt. Katholisch erfolglos. Die nächste Zeit will keine Schwärmer — sie will Männer mit bestimmten, festen, konkretem Programm, und Männer, die sich den kämpfenden Heeren einreihen können und dürfen.

Herr von Egiby ist bis zum Tod seinem Grundsatz treu geblieben: das Gute zu wollen und das Gute zu thun — Leben und Moral in Einklang zu bringen. Er hat als Privatmann Vielen geholfen und für jede gute Sache war er begeistert und werthatig. Wie er sich des unschuldig verurtheilten Pichler angenommen hat, seine glänzende Rede jüngst im Konzerthaus in Berlin ist in frischem Andenken. Er starb ein Opfer des Verfalls. Von eiserner Gesundheit, schreite er vor seiner Anstrengung zurück. In der letzten Zeit machte er eine größere Agitationstour; auf der Reise holte er sich den Keim der Krankheit, die ihn hinwegraffte. Unwohl lehrte er vor drei Tagen zurück — das Leiden verschlimmerte sich und wurde zur Herzbeutel-Entzündung, die auch sein kräftiger Körper nicht überwinden konnte. Er war ein Mann! Ein ganzer Mann und ein guter Mann!

Ausland.

Der gefälschte Kaiserbrief.

In den Erörterungen über den Dreifus-Handel bilden augenblicklich die vielgenannten Schreiben des deutschen Kaisers und der deutschen Botschaft über Dreifus den Punkt, um den ein hitziges Gespräch entbrannt ist. Reinach giebt im „Eclair“ einen Ueberblick über den bisherigen Verlauf dieser Briefgeschichte.

Der Major Pauffin de St. Morel, Adjutant des Generalstabschefs de Voisidre, hatte im November 1897 Henri Rochefort einen Besuch abgestattet und daraufhin rühte Rochefort mit den Enthüllungen über die Schreiben Dreifus' an den deutschen Kaiser und über die Antwort, die der Kaiser durch Vermittelung der deutschen Botschaft ihm sagen ließ, heraus. Dieses Schreiben, in dem Dreifus mit vollem Namen genannt war, sei entwendet, photographirt und wieder an seine Stelle gelegt worden. Die Regierung ließ durch die „Agence Havas“ diese wie die anderen Angaben sofort für falsch erklären. Rochefort antwortete darauf mit einem böhmischen Artikel und erklärte dann am 17. Dezember weiter: Das Dossier des Prozesses Dreifus besteht aus zwei Theilen A und B. Das Dossier A ist das jedermann bekannte, das auch Dreifus' Verteidiger Demange besah. Das Dossier B ist das geheime Dossier, das wieder aus Theil 1 und Theil 2 besteht. Theil 1 enthält die Photographien der entwendeten und zurückgegebenen Briefe, Theil 2 die geheimen Briefe der Agenten des Gegenpostendienstes. Dieser Artikel behauptete ferner, daß das Kabinets-Papier und Cassinier Perier gegenüber dem deutschen Botschafter die Verpflichtung eingegangen seien, das Vorhandensein der Briefe des deutschen Kaisers und der Botschaft über Dreifus abzuleugnen. Das war der letzte Artikel Rochefort's über diese Sache.

Im Prozeß Jola kam Henry auf das geheime Dossier zu sprechen, das mit dem vom „Intransigeant“ genannten geheimen Dossier B 1 identisch erscheint. Henry berichtete aber weiter, daß Oberst Sandherr, der damalige Chef des Nachrichtenbureaus, ihm am 16. Dezember 1894 erklärt habe, er habe noch ein viel wichtigeres Dossier als jenes, daß er ihm dann einen Brief daraus gezeigt habe, von dem niemals zu sprechen er ihm durch Schwur geloben mußte. Dieser Brief, erklärte Henry, war noch wichtiger als der jenes andern

Dossier. Ob Henry nun diese Geschichte erfunden hat oder nicht, auf jeden Fall, schließt Reinach, paßt diese Aussage seltsam in den Rahmen der Enthüllungen Rochefort's über den Kaiserbrief.

Reinach greift dann auf die Mittheilungen der „Libre Parole“ 1894 über Dreifus zurück, die, wie jetzt feststeht, damals aus dem Generalstabe heraus über die Anklage gegen Dreifus unterrichtet wurde. Da heißt es schon in einem Artikel vom 14. November 1894, daß Dreifus mehr Deutscher als Franzose sei und in der französischen Armee nur geblieben sei, um sie um so besser verrathen zu können. Ganz dasselbe soll beinahe in dem Kaiserbrief Dreifus ausgesprochen, mit dem Versprechen, ihn abzdamm später bei Ausbruch eines Krieges in den deutschen Generalstab zu übernehmen. In mehreren Artikeln von Anfang Dezember 1894 berichtet die „Libre Parole“ abdam ebenfalls von geheimen Beweisen gegen Dreifus von so außerordentlicher, schwerwiegender Bedeutung, daß es darüber zu diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen der deutschen Botschaft und der französischen Regierung und zu Vereinbarungen über deren Geheimhaltung gekommen sei. Zum Schluß heißt es dann, ganz entsprechend der späteren Darstellung des „Intransigeant“, auch hier, daß die Hauptbeweise für die Anklage an den deutschen Botschafter Grafen Münster zurückgegeben, aber vorher klugerweise vom General Mercier photographirt seien.

So die Darlegungen Reinach's, aus denen er die Schlussfolgerung zieht, daß die gefälschten Schriftstücke des deutschen Kaisers und der deutschen Botschaft über Dreifus bereits Ende 1894 bestanden haben. Dies deutet sich auch mit der Annahme Jaurès', der zu diesem Schlusse aus inneren Gründen gelangt, indem er nachweist, daß nur damals, also für den Prozeß Dreifus selbst, diese Fälschungen für den oder die Fälscher von Nutzen und verwertbar waren und daß auch nur für jene Zeit der angebliche Inhalt des Kaiserbriefes Sinn hat, wonach Dreifus aufgefordert worden sei, im französischen Heere zu bleiben, weil er dort besser den deutschen Interessen dienen könne. Jedenfalls geht aus allen diesen Ausführungen hervor, daß die Verteidiger Dreifus' nicht eher loder lassen werden, als bis auch über diese Angelegenheit volle Klarheit geschaffen ist. Als derjenige, der dazu in erster Linie berufen erscheint, muß auch hier der Kassationshof gelten.

Amnestie in Italien.

Rom, 29. Dezember. Die „Agenzia Stefani“ meldet: Der König hat heute den Gnadenerlaß unterzeichnet, welcher sich auf alle Personen erstreckt, die wegen der Aufruhrungen im Mai d. J. von Velletri oder Zivilergerichten verurtheilt worden sind, sofern die über sie verhängte Strafe nicht mehr als zwei Jahre Gefängniß beträgt. Ferner wird bei denjenigen Personen, welche zu einer höheren Freiheitsstrafe verurtheilt sind, letztere um zwei Jahre herabgesetzt. Für Frauen und mehr als 70 Jahre alte Greise sowie für Minderjährige unter 18 Jahren tritt entweder Straferlaß oder Herabminderung um drei Jahre ein. Einige Kategorien rückfälliger und anderer Personen sind von dem Gnadenerlaß ausgeschlossen. Man schätzt, daß ungefähr 700 von den Militärgerichten Verurtheilte und 2000 von Zivilgerichten Verurtheilte von dem Gnadenerlaß betroffen werden.

Grade die von den nachlässigen Militärgerichten zu un-menschlich hohen Strafen Verurtheilten haben also von dem „Gnadenerlaß“ keinen Vortheil. — Wie stark die Mehrheit des italienischen Volkes mit diesen Verurtheilten sympathisirt, geht aus der Meldung hervor, daß der Verein der italienischen Presse in ostentativer Weise den wegen der Mailänder Mordthat zu sechs Jahren Gefängniß verurtheilten Republikaner Ghisli, den Chefredakteur der unterdrückten „Italia del Popolo“, zum Vizepräsidenten wählte.

Wie es übrigens in den italienischen Gefängnissen aussieht, darüber gehen uns die folgenden Mittheilungen zu:

Die Opfer des italienischen Standrechts werden in den vollgepfropften Kerker auf das barbarischste behandelt. Nicht die einfachsten Vergünstigungen werden ihnen gewährt. Keine Rettung, keine Selbstbefreiung, die unzureichende und ungenügende Gefängnißkost und schmutzige Zellen ohne Luft und Licht. Noch schlimmer als die Zellen sind aber die gemeinsamen Räume, in denen den einfachsten Forderungen der Keuschheit und des Anstandes ins Gesicht geschlagen ist. Frau Kulischoff, die an Knochenentzündung leidet, verzehrt sich langsam, allein obgleich sie von Tag zu Tag hinfalliger wird, hat man ihr bessere Kost und eine lustige Zelle verweigert! In Italien herrscht also immer noch die trodene Guillotine. Schmach über die Gewalt-haber!

Oesterreich-Ungarn.

Die kaiserliche Botschaft an die Landtage hat bei den Czechen stark verdroffen. Sie verniffen darin die volle Anerkennung ihrer staatsrechtlichen Ansprüche. „Karodni Risty“ nennen die Botschaft den ersten Schritt zum neuen Kampf und drohen, nach dem Beispiel der deutschen Obstruktion handeln zu wollen.

Oesterreichische Zensur. Wie die „Wiener Zeitung“ meldet, ist der in Berlin erscheinende Zeitung „Die Gegenwart“ das Postdebit für Oesterreich entzogen worden.

Frankreich.

Paris, 29. Dezember. Die Abordnung der Kriegsschule von Saint Cyr, welche sich heute zur Hundertjahrfeier der Kaiser Paul-Militärschule nach Petersburg begibt, wird in mehreren Städten, darunter auch in Berlin, einen zweitägigen Aufenthalt nehmen.

Der „Petite République“ zufolge gelangt der vor mehreren Jahren wegen Spionage verurtheilte Polizeikommissar Schwarz, daß er mit Esterhazy Beziehungen unterhalten habe.

Jola soll sich, wie die Londoner „Ball-Rail Gazette“ erfährt, seit seiner Flucht von Paris in Chersey, einem Dorfe in der Grafschaft Surrey, eine Stunde Bahnreise von London entfernt, aufgehalten haben.

Spanien.

Madrid, 29. Dezember. Wie die Mütter schreiben, dürfte der Entschluß Mac Kinkley's, den Friedensvertrag erst im Januar zu ratifiziren, zur Folge haben, daß die Lösung der Ministerkrise bis nach der Ratifikation hinausgeschoben wird, da noch das gegenwärtige Kabinett den Friedensvertrag den Cortes vorlegen wolle.

Afien.

Von den Philippinen. Aus Washington wird telegraphisch gemeldet: Nach einer amtlichen Depesche aus Manila hat der spanische General Rios mit seinen Truppen Jo-Jo am 24. d. geräumt. Die Aufständischen haben die Stadt am 26. besetzt. Die Spanier haben alle Stationen auf den philippinischen Philippinen geräumt mit Ausnahme von Zamboanga an der äußersten Südwestküste der Insel Mindanao. Man nimmt in Washington an, der amerikanische General Otis, der nach Jo-Jo unterwegs ist, werde die Aufständischen auffordern, ihm die Stadt zu übergeben und hierdurch werde die Frage des Verhältnisses zwischen den Aufständischen und den Vereinigten Staaten mit einem Male aufgerollt werden.

Parlamentarisches.

Christian Dieden, der Alterspräsident des Reichstags, ist am Mittwoch Vormittag in seiner Heimath Uerzig a. d. Mosel verstorben. Er hatte am 17. Dezember das 88. Lebensjahr vollendet. Dieden war seit 1854 mit einigen Unterbrechungen Mitglied des Abgeordnetenhauses, seit 1874 Mitglied des Reichstags für den Wahlkreis Wittlich-Verncastel (Reg.-Bez. Trier). Die Zentrumsfraction, so sagt die „Germania“, berliert in „Papa Dieden“ eines ihrer treuesten und pflichterfülltesten Mitglieder.

Das Herrenhaus wird nach der Eröffnung des Landtages zunächst nur zwei Sitzungen, am 18. und 17. Januar, abhalten. In der ersten findet die Wahl der Präsidenten und Schriftführer statt, während die zweite zur Erledigung geschäftlicher Angelegen-

heiten bestimmt ist. Abdam muß sich das Haus auf unbestimmte Zeit vertagen, da ihm gesetzgeberisches Material vorläufig noch nicht zugehen wird.

Partei-Nachrichten.

Ein größeres Werk über die Agrarfrage wird demnächst aus der Feder unseres Parteigenossen Karl Kautsky im Diezsch Verlag erscheinen. Zwar sind die vor einigen Jahren innerhalb der Partei lebhaft geführten Diskussionen über agrarische Probleme augenblicklich hinter andere Fragen ein wenig zurückgetreten. Dennoch wird das Werk Kautsky's von allen Parteimitgliedern mit dem größten Interesse entgegengenommen werden. Was auch immer Kautsky uns über die Fragen der Landwirtschaft sagen wird, es wird jedenfalls reichliches Licht werfen auf zahlreiche bisher unter unseren Genossen strittige Fragen.

Bezüglich der Beschwerden des Genossen Parvus gegen die Redaktion des „Vorwärts“, betreffend die Verschlimmung einer Erwiderung auf eine fette der Redaktion gegen ihn gerichtete Kritik und deren persönliche Form, erklärt die Prekominmission:

Sie bedauert, daß die Redaktion des „Vorwärts“, nachdem sie auf die Parvus'schen Auslassungen eingegangen war, dem Wunsch des Genossen Parvus, seinen Artikel „Fiscal und Artillerievorlage“ unverändert und unverändert aufzunehmen, nicht entgegenwillsfahrte oder den Artikel zurücksandte, sondern denselben auszugweise wiedergegeben hat. Sie ist aber nicht mehr in der Lage, die Aufnahme dieses Artikels zu veranlassen, da ihrer Meinung nach die Angelegenheit des Versprechens in der Budgetkommission bezüglich der Artillerievorlage durch die Erklärungen auf dem Parteitag zu Hamburg richtig gestellt ist (siehe Protokoll S. 153, siehe „Sachl. Arb.-Btg.“ Nr. 255 vom 8. Dezember 1898).

Sie bedauert, daß die Redaktion des „Vorwärts“ gegen Parvus den Vorwurf der offenkundigen Unwahrheit erhoben hat, hält aber diese Angelegenheit für erledigt, da die Redaktion des „Vorwärts“ erklärt hat, daß sie nicht beabsichtigte, den Genossen Parvus der bewußten Unwahrheit zu zeihen.

Sie erklärt aber, daß wenn die Beschwerde des Genossen Parvus sich gegen die Ablehnung des ganzen Artikels gerichtet hätte, auch in diesem Falle die Prekominmission nicht in der Lage gewesen wäre, für die Aufnahme des Artikels, aus den vorher angeführten Gründen, einzutreten.

Aus Holland wird und geschrieben: Am ersten Weihnachtstage wurde in Zwolle der Kongreß des „Sozialistenbundes“ abgehalten. Er gab wieder Zeugniß von der immer weiter schreitenden Degeneration in den Reihen der halb oder ganz antiparlamentarisch gesinnten Sozialisten. Auf dem Rotterdam Kongreß des vorigen Jahres war mit knapper Mehrheit eine Resolution angenommen worden, die den Parlamentarismus nicht ganz verwarf. Dies veranlaßte Domela Nieuwenhuis aus dem Bunde auszutreten; 40 Zweigvereine folgten ihm und wurden zu „freien sozialistischen Vereinen“, 30 andere starben ganz ab und nur ungefähr 20 halten noch zur alten Organisation. Von diesen waren 8 in Zwolle vertreten und auch diese 8 konnten über den Parlamentarismus nicht einig werden. Anarchisten einerseits und Sozialdemokraten andererseits werden also das Häuflein wohl noch weiter durch Austritte dezimiren. Auch die Nieuwenhuis'schen Vereine sind allmählig im Absterben begriffen. Die meisten haben seit ihrer Trennung vom Sozialistenbunde kein einziges Lebenszeichen mehr. So stirbt der holländische Anarchismus einem ruhmlosen Tod.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

Der „Märkische Landbote“, Volkskalender für 1899, ist, wie Provinzialblätter mittheilen, für den Umfang des Regierungsbezirks Frankfurt a. O. vom Handel im Umherziehen und vom Kolportagehandel ausgeschlossen worden, weil sein Inhalt „geeignet“ sein soll, in sittlicher und religiöser Beziehung „Vergerniß“ zu geben. Diese Maßnahme ist, wie vorerst bemerkt sei, ein Schlag ins Wasser, weil der Kalender unentgeltlich vertheilt wird; sie hat aber auch sonst keinerlei Grundlage, denn die Masse der Bevölkerung nimmt an dem Inhalt des Kalenders nichts weniger als Vergerniß, sondern kann, wie man zu sagen pflegt, gar nicht genug davon kriegen.

Zweierlei Recht? Wie der „Proletarier aus dem Gulesgebirge“ mittheilt, ist dem sozialdemokratischen Wahlverein Bunzlauer-Läden auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes polizeilich nicht mehr gestattet, Vergnüngen mit Damen abzuhalten. Auch die Familien-Weihnachtsfeier wurde dem Verein aus demselben Grunde verboten. Wie kommt es nun, so fragt in einem Spredhaalartikel eines Bunzlauer Blattes der Vorstand des genannten Vereins, daß der „Neue Wahlverein“ unter den Augen derselben Polizeibehörde Sonntag, den 4. Dezember 1898 seine Feiern mit Damen abhalten durfte? Sogar die Jünglinge der königlichen Waienhäuser und Schulknaben hätten an dem Fest theilgenommen. Was dem einen Wahlverein verboten ist, könnte doch dem anderen nicht gestattet sein.

Die erste Offizial-Anklage ist dem Redakteur des „Braunschweiger Volksfreundes“, Genossen Heymann, noch kurz vor Jahreschluss zugestellt worden. Er soll durch zwei selbständige Handlungen, und zwar durch eine Versammlungsrede und dann durch den Bericht, den er über diese Versammlung in dem genannten Blatt veröffentlichte, den braunschweigischen Staatsminister v. Otto beleidigt haben, indem er ihn in Verbindung mit dem an die Firma Lenz u. Co. vergebenen Bau der Bahnlinie Schöppenstedt-Braunschweig brachte.

Generalversammlung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Kassel, 27. Dezember 1898.

Zur Verathung stehen die Statutenänderungen. Es sprechen hierzu Kammler Hannover und Schmidt-Leipzig für Einführung der Reise-Unterstützung; mit Rücksicht auf das Bestehen der Arbeitslosen-Unterstützung werden die Anträge auf Einführung einer besonderen Reise-Unterstützung abgelehnt. Mitglieder, welche wegen Restirens der Beiträge gestrichelt worden, können in Zukunft nur wieder beitreten, wenn sie außer dem Beitritts-geld noch sechs Wochen-Beiträge bezahlen. Die Herabsetzung der Beiträge wird abgelehnt und beschlossen, die diesbezüglichen Ausnahmen einzelner Verwaltungsstellen nur noch bis Ostern 1899 gelten zu lassen. Ein Antrag Berlin, statt des bisherigen Agitationsbeitrags von 10 Pf. pro Vierteljahr einen solchen von 20 Pf. zu erheben und dafür die Extraktsteuer zu General-versammlung fallen zu lassen, wird angenommen.

Die Anträge auf Erhöhung resp. Herabsetzung der Arbeitslosen-Unterstützung werden sämtlich abgelehnt. Die Regelung der Krankentunterstützung bleibt auch in Zukunft den Orts-Verwaltungen überlassen. Ferner wird beschlossen, den Rechtsanspruch künftighin schon nach halbjähriger Mitgliedschaft zu gewähren. Von den gewährten Unterstützungen sollen fernerhin die restirenden Beiträge in Abzug gebracht werden. Ein Antrag Hamburg, den Verwaltungsstellen über 500 Mitglieder 75 Pct. der Beiträge zu belassen, wird abgelehnt. Statutenänderungen sollen künftighin nur mit absoluter Mehrheit beschlossen werden. Ebenso wird ein Antrag Berlin, daß Mitglieder der Zentralverwaltung nicht zugleich in einer Ortsverwaltung sein dürfen, angenommen. Den Verwaltungsstellen, welche höhere als im Statut festgelegte Beiträge zahlen, sind, um Kosten zu sparen, Marken und Aufnahmescheine vom Hauptvorstand zu liefern.

Ladeke giebt noch die Anregung, man möge versuchen, die Leitung der Berufs-Krankenkassen in die Hand der Arbeiter selbst zu bekommen. Das abgeänderte Statut tritt mit 1. Januar 1899 in Kraft. Damit ist die Tagesordnung der Generalversammlung erledigt.

Mit einer Aufforderung an die Delegierten, stets mit aller Kraft für die Weiterentwicklung des Verbandes einzutreten, schließt Schumann die Generalversammlung des Zentralverbandes mit einem dreimaligen Hoch auf die Organisation.

Verichtigung. In dem gestrigen Bericht muß es heißen: Der Gesamtjahresbestand des Verbandes betrug am 1. Oktober d. J. inklusive des Reservefonds der einzelnen Ortsverbände 11018 M. und nicht 1108 M.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Politik und Religion in den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter. Mit diesem Thema beschäftigt sich Bruno Herz in der „Neuen Zeit“. Er giebt der Meinung Ausdruck, daß die Wahrung und Besserstellung der Lebenslage der Arbeiter in den beruflichen Organisationen nur dann erreicht werden kann, wenn die Masse der Berufsgenossen dafür gewonnen wird. Wünschenswert ist dann weiter hinzu:

„Weshalb nun aber die gewerkschaftlichen Organisationen eine bestimmte parteipolitische Tendenz, so können sie dieses Ziel bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen unmöglich erreichen, weil sie dann von vornherein einen Teil der Masse, den sie zur Erreichung dieses Zieles brauchen, aus ihren Reihen ausschließen, jenen, der sich nicht zu der betreffenden Parteirichtung bekennt. Sie schädigen sich also hierdurch und können ihre Aufgabe entweder gar nicht oder doch nur ungenügend erfüllen. . . . Deshalb müssen die gewerkschaftlichen Vereinigungen, sind sie gewillt, ihre Aufgabe zu erfüllen, nach der Gewinnung der Masse streben, und dieses Ziel werden sie nur dann erreichen, wenn sie parteipolitische Bestrebungen aus ihrem Wirkungsbereich möglichst ausschließen.“

Wir können dem Verfasser nicht beistimmen. Was die sozialdemokratischen Gewerkschaften anbetrifft, so sind sie von allen Gewerkschaftsorganisationen diejenige, die der politischen Anschauung ihrer Mitglieder am tolerantesten gegenübersteht. Die politische Anschauung des Arbeiters ist für sie kein Grund, ihm die Aufnahme in die Organisation zu verweigern. Dagegen finden wir eine derartige Sondierung bei den Christlich-Sozialen Gewerkschaften und auch den christlichen Organisationen; insofern sind unsere Gewerkschaften unpolitisch, und zwar unpolitischer als irgend eine andere Gewerkschaftsorganisation. Und doch sind unsere Gewerkschaften auch wieder bis zu einem gewissen Grade parteipolitisch. In den Gewerkschaften kommt ein Stück Klassenkampf zum Ausdruck, der sofort die Gegensätze der politischen Parteien hell hervortreten läßt. Nehmen wir nur die Forderung sozialpolitischer Reformen. Hier stehen wir auch im Gegensatz zu dem Verfasser, der meint, Sozialpolitik habe nicht notwendig parteipolitisch zu sein. Die Sozialpolitik der einzelnen Parteien ist sehr verschieden. Ob eine Gewerkschaft die gesellschaftliche Forderung der Arbeitszeit von 63 Stunden pro Woche für gut hält oder den achtstündigen Arbeitstag erstrebt, oder jede Forderung der Arbeitszeit verwirft, ist von großem parteipolitischen Unterschied. Und solche Verschiedenheiten parteipolitischer Art wiederholen sich bei allen sozialpolitischen Fragen. Je nach der Entscheidung über solche Fragen wird man die Gewerkschaft dieser oder jener Partei zugählen können. Was würde es aber nützen, wenn wir allen Leuten erzählen, unsere Organisationen sind nicht parteipolitisch, wenn von unseren Gegnern fortgesetzt jede entscheidende Parteinahme für die Interessen der Arbeiter bei Lohnkämpfen sofort als sozialdemokratische Aufhebung, Agitation und wie die Dinge mit Vorliebe benannt werden, bezeichnet wird. Es genügt, daß bei einem Lohnkampf der Vorsitzende der Organisation ein bekannter Sozialdemokrat ist, und das Urtheil der Gegner ist fertig, der Streik ist eine Maché der Sozialdemokratie. Gewiß ist diese Behauptung vollständig unrichtig, weil die Partei als solche keinen Einfluß auf die Gewerkschaft ausübt; die Gewerkschaften treffen ihre Entscheidungen selbstständig. Das wissen unsere Gegner, aber ihren Zwecken entspricht es, wenn jeder fehlgegangene Streik als eine Frucht sozialdemokratischer Bestrebungen hingestellt wird.

Wo eine starke sozialdemokratische Partei vorhanden ist, werden sich auch in den Gewerkschaften ihre Anhänger bemerkbar machen. Das ergibt sich ganz von selbst, aber einen Nachtheil für die Gewerkschaften vermögen wir daraus nicht herzuleiten.

Der parteipolitische Charakter der Gewerkschaften findet darin seinen Ausdruck, daß die Gewerkschaften die Vertretung ihrer politischen Interessen — ihre Bewegungsfreiheit, Koalitionsrecht und Sozialpolitik — von der sozialdemokratischen Partei erwarten.

Seine Partei steht den Forderungen der Gewerkschaften so nahe als die Sozialdemokratie, ja weit rüchtiger, die Partei geht mit ihnen in ihren Forderungen auf. Demgegenüber hat natürlich auch die Sozialdemokratie ein Interesse an der Gewerkschaftsbewegung, weil die Gewerkschaften die Lebenslage der Arbeiter heben und eine regsame politische Thätigkeit sich in einer Arbeiterschaft schwer entfaltet, deren Lebenslage tief herabgedrückt ist. Das ist die Wechselbeziehung zwischen Partei und Gewerkschaft.

In seinem Urtheil über die Erörterung religiöser Fragen stimmen wir dem Verfasser bei; es wird ihm aber auch bekannt sein, daß die Gewerkschaften den religiösen Streitfragen nur selten Raum gewähren.

Die Lohnbewegung der Krefelder Weber nimmt aufs neue die Aufmerksamkeit weiter Kreise in Anspruch. Mit Vorliebe bedienen sich die bürgerlichen Blätter der Täuschung, ihren Lesern mitzutheilen, daß eigentlich die Sammetweber gar keine Ursache hätten, weiter zu streiken, da ihre Wünsche erfüllt wären. Denn es sei nunmehr eine einheitliche Lohnliste vereinbart und die Vorarbeiten würden bezahlt. Es liegt aber sehr nahe, daß sich die Arbeiter die einheitlichen Lohnlisten nicht so gewünscht haben, wie sie die Fabrikanten festsetzen. Die Lohnliste dringt für viele Fabriken Lohnabzüge und daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Arbeiter ein solches „freundliches“ Entgegenkommen der Unternehmer ablehnten, ist leicht erklärlich. Diese Lohnabzüge werden von den bürgerlichen Blättern vielfach verschwiegen, um die Streikenden ins Unrecht zu setzen. Die „Germania“ empfiehlt, trotzdem die nachtheilige Abmachung anzunehmen und ist sehr enttäuscht, daß die Arbeiter den Streik weiter führen. Sie wird aber hier von ihren eigenen Gefinnungsfeinden im Stich gelassen, denn sie berichtet in demselben Artikel über eine Versammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes, in der ein Standpunkt zum Ausdruck kam, der ganz mit der Stellung der übrigen Arbeiter übereinstimmt. Die Versammlung ist so wichtig, daß wir den Bericht hier folgen lassen:

„Der christliche Textilarbeiterverband hat Montag Nachmittag eine stark besuchte Versammlung abgehalten, in der Herr Rektor Thob verschiedene Mißstände besprach. Er ging nochmals kurz den Streik und seine Phasen durch und erklärte dann, daß er sich über die neue Lohnliste nach vieler Rücksprache mit beteiligten Sammetwebern folgendes Urtheil habe bilden müssen: a) vor allem sehe er, daß in der neuen Lohnliste neue Grundlöhne pro Meter festgesetzt sind, die fast immer 13, 10, 8, 7 Pf. unter den alten Lohnsätzen stehen; das habe aber selbst der gemüthlichste Weber doch nicht erwartet, daß man die Grundlöhne noch kürzen würde. b) Das Andrehen zc. ist wohl extra ziemlich annehmbar berechnet, aber diese Vergütung für Andrehen erreicht durchschnittlich nicht den vorhergehenden Ausfall wegen des gekürzten Grundlohnes. Redner ging im Detail auf die Sache näher ein und kam zum Schluß, daß die neuen Löhne vielfach unter den alten ständen.

Da wäre es doch, meinte er, besser gewesen, gemäß dem früheren Antrag unseres Verbandes die Lohnsätze unberührt zu lassen und nur das Andrehen zu vergüten. Redner fragte nebenbei an, ob es wahr sei, daß der Firmeninhaber bei Groß-Scheibler zu seinen Arbeitern gäußerer habe, die Delegierten des christlichen Verbandes habe er hinausgeworfen. Aus der Versammlung heraus wird diese Aeußerung als von H. Scheibler bestimmt gethan bestätigt; darauf protestirte Redner im Namen der 4500 Arbeiter zählenden christlichen Verbandes und im Namen der gesamten Arbeiterschaft gegen solch' wegwerfende Aeußerungen dieses Arbeitgebers. — Nach dieser notwendigen Abschweifung lehrte

Redner zur augenblicklichen Lage bei Ebeling zurück. Die Firma habe bestimmte Zulagen als flagbaren Lohn festgesetzt, sodas thatsächlich bei voller Vergütung für Andrehen eine Aufbesserung herausgerechnet werden könne. Er hat zum Schlusse die Anwesenden, sich zu der Sache zu äußern.

Es entspann sich nun eine überaus lebhaftige Diskussion, aus der hervorging, daß wegen der verschiedenartigen Vergütungen für das Andrehen trotz der Zulagen der neue Lohn unter dem alten zurückbleiben kann. Schließlich wurden folgende drei Resolutionen einstimmig angenommen:

1. In Erwägung, daß die neue Lohnliste von Firma Ebeling trotz der Zulagen keine sichere Aufbesserung der Arbeiter bedeutet, erklären die Krefelder Ortsgruppen des Niederrheinischen Verbandes christlicher Textilarbeiter, daß sie ihren beteiligten Mitgliedern die Aufnahme der Arbeit bei Ebeling nicht empfehlen können. 2. Jedoch sind die Arbeiter bereit, die Arbeit zu den alten Lohnsätzen wieder aufzunehmen, wenn nach dem 15. Januar 1899 das Andrehen wie bei Gebr. Welger vergütet wird. 3. Der Niederrh. Verband christlicher Textilarbeiter wird wiederum bei allen Sammetfirmen dahin vorstellig, bei der Lohnregulierung die alten Lohnsätze beizubehalten und die Vorrichtungsarbeiten extra zu vergüten.“

Telegraphisch wird noch gemeldet: In der mechanischen Sammetweberei von Heinrich Eugen Jacobs reichten heute 180 Arbeiter die Kündigung zum 11. Januar ein; es ist dadurch die fünfte Sammetfabrik bei dem Ausstand in Mitleidenschaft gezogen.

Eine Konferenz der Metallarbeiter der Provinz Sachsen und des Herzogthums Anhalt, die von 16 Orten durch 27 Delegirte besucht war, fand am dritten Feiertag in Aschersleben statt. Nach dem Rechenschaftsbericht des Vertrauensmannes Vogt aus Magdeburg sind bedeutende Fortschritte für den deutschen Metallarbeiter-Verband zu verzeichnen. Die Stellungnahme zur Arbeitslosen-Unterstützung rief eine rege Debatte hervor und wurde nach längerem Für und Wider mit 14 gegen 13 Stimmen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung befürwortet.

Weberstreik in Cuxen. Sämtliche Weber der Zweigfabrik der Firma Lejeune-Vincent aus Dijon erklärten den Ausstand, weil einer von ihnen zwei Webstühle bedienen sollte. Die Ausständischen wollen die Arbeit nicht wieder aufnehmen, bis ihnen von den Arbeitgebern die Neueinführung des Zweistuhlsystems zugesichert werde. Den Ausständigen stehen Unterstützungen von ihren Verbänden in Aussicht. Gegen das Zweistuhlsystem wehren sich die Weber mit aller Entschiedenheit. Die Ausständigen sind zum Theil im christlichen Textilarbeiter-Verband organisiert, welcher Unterstützung in Aussicht gestellt hat.

Eine Konferenz der Metallarbeiter der Provinz Hannover, die am 26. d. M. in Peine tagte, lehnte mit 7 gegen 6 Stimmen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung im Verband der Metallarbeiter ab.

Ausland.

Der Ausstand der Angestellten der Kolonialwaarenbranche zu Paris scheint einen normalen ruhigen, für die Angestellten günstigen Verlauf zu nehmen. Der „Petite République“ zufolge hat ein großer Theil der Unternehmer die Forderungen der Gehilfen bewilligt, so daß immer neue Massen zum Vorgehen ermuntert werden, die aber meist nach kurzem Unterhandeln mit den Prinzipalen sich mit diesen verständigen. Das Syndikat arbeitet gleichzeitig mit großem Eifer, alle Beteiligten zum Beitritt zu bewegen, damit das Ertrugene erhalten bleibe.

Soziales.

Einen Preis von 3000 M. hat die sächsische Regierung für die Lösung der Aufgabe ausgeschrieben: Die Gestaltung des landwirthschaftlichen Betriebes mit Rücksicht auf den herrschenden Arbeitermangel. Die Arbeiten sind bis spätestens den 30. Juni 1900 einzuliefern.

Eine Genossenschaft zur Erbanung von unklüdbaren Arbeiterwohnungen soll im Monat Januar nächsten Jahres in München ins Leben gerufen werden. Unter den Befürwortern befinden sich Freiherr v. Hertling und andere ultramontane Führer.

Konzentration des Kapitals. Die Aktiengesellschaften Maschinenfabrik Augsburg und Maschinenbau-Aktiengesellschaft Nürnberg sind zu einer Aktiengesellschaft vereinigt worden, die ihren Sitz in Augsburg hat und die Firma führt: Vereinigte Maschinenfabrik Augsburg und Maschinenbau-Gesellschaft Nürnberg, A.-G.

Die Maschinenfabrik Augsburg, deren Spezialität die Herstellung von Dampfdrehmaschinen ist, hatte am 30. Juni 1897 bei einem Aktienkapital von etwas über 4 Millionen Mark, wozu noch 2 Millionen Mark Anleihe kamen, einen Gewinn von rund 1 310 000 M. zu verzeichnen und hat seit 1885/86 eine Dividende von 11/2—23/4 bezahlt.

Geriichts-Beitrag.

Die Vorsteher eines Gesangsvereins, Rat und Genossen, sollten die angebotene Veranstaltung einer öffentlichen Tanzlustbarkeit, für die sie die behördliche Genehmigung nicht nachgesucht hatten, mit Geldstrafen büßen. Gegen das Urtheil des Schöffengerichts legten sie Berufung ein, indem sie bestritten, daß das in betracht kommende Vergnügen ein öffentliches gewesen sei. Außer den Mitgliedern und eingeführten Gästen hätten nur noch die Mitglieder eines anderen Vereins auf Grund einer Vereinbarung Zutritt gehabt. Es sei verabredet gewesen, daß jedes Vergnügen der beiden Vereine den Mitgliedern des andern zugänglich sein sollte. Das Landgericht verworft aber die Berufung mit der Begründung, daß die Teilnehmer des Vergnügens, die dem andern Verein angehörten, nicht als eingeführte Gäste zu betrachten seien. — Das Kammergericht hob jedoch gestern diese Entscheidung wieder auf und wies die Sache in die Vorinstanz zurück. Der Präsident führte aus, es sei nachzutragen, ob ein ernstgemeintes Abkommen, wie es die Angeklagten behaupteten, zwischen beiden Vereinen bestanden habe, oder ob es sich nur um ein Scheinabkommen handele. Ein wirkliches Abkommen der fraglichen Art wäre denkbar und die Teilnahme der Mitglieder eines Vereins an dem Vergnügen des andern würde dies ohne weiteres noch nicht zu einer öffentlichen Tanzlustbarkeit machen. Etwas anderes sei es indessen bei einer nur zum Schein getroffenen Verabredung. Liege eine solche vor, dann seien die Angeklagten strafbar, in dem andern Falle müßten sie jedoch freigesprochen werden.

Einen unheimlichen und unbegreiflichen Einfluß auf eine schon bejahrte Frau hat der Buchhalter Oswald Baer, der gestern wegen versuchter Rötigung und Freiheitsberaubung vor der II. Strafkammer stand, auszuüben vermocht. Auf dem Wege der Heirathsannoncen ist der Angeklagte mit verschiedenen Frauen in Verbindung getreten und hat eine solche auch mit einer Frau Wittwe Wahnund, jetzt verheiratete Frau Siebert, geschlossen. Wie sich aus der Vernehmung ergab, hat er die Frau in ganz ungläublicher Weise unterworfen und drangsalirt. Obgleich er verheiratet ist, gelang es ihm in kurzer Zeit, die Frau, deren schriftliche Arbeiten er angeblich besorge, zu einer Art willenslosen Sklavinnen zu machen. Die Hausbewohner des Hauses Lüberstraße 23 und die Dienstmädchen sowie die Friseurin der Frau W., denen gegenüber sich der Angeklagte als Reserve-Offizier bezog, „Medizinalrath“ Odm v. Wredow auszugeben liebte, erzählten gestern haarsträubende Geschichten von der Tyrannei des Angeklagten, die dieser sämtlich für erfunten und erlogen erklärte. Der erste Mann der Frau Wahnund war ein Baumunternehmer, der am Wittenberg-Platz gebaut hatte und in geschäftlichen Beziehungen zu einem Baumunternehmer Schmidt stand, der seinerseits wiederum ein Haus in der

Kugsburgerstr. 16 besaß. Gegen diesen Schmidt glaubte Frau W. Ansprüche in Höhe von 20 000 M. zu haben. Schmidt behauptet zwar, diese Summe in Raten daar an den verstorbenen Wahnund abgekauft zu haben, er hätte aber merkwürdigerweise keine Beläge darüber. Im Namen der Frau W. richtete nun der Angeklagte wiederholt sehr energische Briefe an Herrn Schmidt und dieler verstand sich — wiederum merkwürdigerweise — dazu, das Haus Kugsburgerstr. 16 der Frau W. zu überlassen. Der Angeklagte hat dann versucht, das Haus auf sich schreiben zu lassen, und als ihm dies nicht gelang, hat er nach Ansicht der Anklagebehörde Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um eine Hypothek in Höhe von 20 000 M. für sich herauszuschlagen. Wie sehr er die Frau W. in seiner Gewalt hatte, geht unter anderem auch daraus hervor, daß er es durchsetzte, daß der von Frau W. abgeschlossene Miethsvertrag für ihre Wohnung im Hause Lüberstraße 23 auf seinen Namen umgeschrieben wurde, so daß er nun völlig den Herrn daselbst spielen konnte. In der Wohnung kam es häufig zu tollen Szenen, bei denen Schilberung sich — wie sich der Staatsanwalt ausdrückt — das Blut des Hörsers empören muß. Nach den Bekundungen mehrerer weiblicher Zeugen und der Frau W. hat er die letztere wiederholt in der brutalsten Weise geschlagen, sodas sie einmal mehrere Tage lang nicht ausgehen vermochte, er hat sie aus ihrer eigenen Wohnung hinausgeworfen, sodas sie auf der Treppe kampiren mußte, ein anderes Mal hat er sie angeblich eingeschlossen, so daß sie von der Außenwelt abgeschnitten war zc. Schließlich hat ein Vorkauf zur Anklage geführt: Der Angeklagte soll eines Abends unter Drohungen und Schimpfworten einen Revolver auf Frau W. gerichtet und versucht haben, sie auf diese Weise zur Herausgabe der Hypothek von 20 000 M. zu zwingen. Der Angeklagte bestritt mit der größten Zungenfertigkeit alle diese Beschuldigungen und behauptete, daß er der Frau W. unzählige Male gesagt habe, daß er nichts mehr mit ihr zu thun haben wolle, daß diese aber ihn immer mit Gewalt zurückgehalten habe. Die sehr böse Schilderung, welche der Staatsanwalt von seinem Charakter gegeben, passe nicht auf ihn, sondern auf Frau W. Die letztere hat übrigens noch ein böses Andenken an den Angeklagten zurückgehalten und die Weihnachtsfeiertage hinter Schloß und Riegel zu bringen müssen. Der Angeklagte hat ihre Verhaftung wegen Meineides herbeigeführt und sie wird sich im Januar vor dem Schwurgericht zu verantworten haben. — Auf Grund der Beweisaufnahme hielt der Gerichtshof die Freiheitsberaubung nicht für erwiesen, erachtete aber den Angeklagten der versuchten Rötigung für überführt und verurtheilte ihn mit Rücksicht auf den verderblichen Einfluß, den er auf die Frau ausgeübt hat, zu sechs Monaten Gefängnis.

Unterdrückung und Urkundenfälschung wurden dem Tapezierer Karl Ulrich zur Last gelegt, welcher gestern der siebenten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. Der Angeklagte, dessen Geschäft so zurückgegangen war, daß es ihn nicht mehr zu ernähren vermochte, war mit der Leitung einer Filialexpedition des „Lokal-Anzeiger“ betraut worden. Er bezog ein Gehalt von 250 M. monatlich. In diesem Frühjahr brannte er mit 2650 M. Abkommensgeldern nach Amerika durch. Schon nach wenigen Monaten lehrte er freiwillig zurück und stellte sich der Polizei. Es hatte sich inzwischen herausgestellt, daß der Angeklagte die Abrechnungslisten mit den Voten gefälscht hatte, um die Entdeckung der von ihm begangenen Unterschlagungen hinauszufchieben. Im Termin entschuldigte er sich damit, daß er aus seinem früheren Geschäft noch Schulden hatte, die von den Gläubigern in der ungeschicktesten Weise eingetrieben wurden, als sie erfuhren, daß er sich in fester Stellung befand.

Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren, der Gerichtshof hielt ein Jahr Gefängnis für eine ausreichende Strafe.

Bergsturz in Airola.

Ueber die Katastrophe wird weiter gemeldet: Das Dorf bietet einen erschreckenden Anblick. Ein Gebiet von zwei Quadratkilometern ist von Schuttmassen überdeckt. Fast Wohnhäuser und vierzehn Ställe sind zerstört und bilden wüste Trümmerhaufen. Eine Anzahl anderer Häuser ist schwer beschädigt. Die Festungstruppen des Gottshard und die ganze Bevölkerung arbeiten ununterbrochen an der Beseitigung der Schuttmassen. Aus den Trümmern wurden 3 Leichen hervor gezogen, der 70jährige Kirchenbenedict Antonio Filippini, Frau Josefina Franzini und ein kleiner Knabe Namens Giulio Ferni. Die Frau des Kirchenbenedict wurde noch lebend aus den Trümmern befreit. In dem Schutthaufen, den das Hotel Airola bildet, wüthet eine Feuersbrunst, welche auch die Nachbarhäuser zu ergreifen droht. Der Gesamtschaden wird auf eine Million berechnet. Man glaubt zwar, daß die Gefahr eines neuen noch größeren Bergsturzes ausgeschlossen sei, immerhin sind aber alle Vorsichtsmaßregeln getroffen. Mehr als die Hälfte des Dorfes ist von den Bewohnern geräumt gewesen; wäre dies nicht geschehen, so würde die Katastrophe zahlreiche Opfer gefordert haben.

Ueber die vermuthlichen Ursachen des Bergsturzes wird der „Süddeutsche Post“ aus Airola geschrieben:

Schon im Spätsommer dieses Jahres hatte die Presse über die ernste Gefahr berichtet, die dem Dorf Airola und seiner Umgebung von den verwitterten Felswänden der nördlichen Thalbegleitung drohe. Dessen während des Sommers hatten starke Steinschläge aus jener Region und Schlammbäche, die die Hauptstraße in Airola meterhoch überflutheten, auf ein drohendes Ereigniß vorbereitet. Am 12. Dezember hat dann der Soffo rosso seine Vorposten zu Thal geschickt. Morgens 9 Uhr lösten sich oberhalb der Befestigungsanlage von Stuet in einer Höhe von 1900 Metern starke Felsmassen los und stürzten in gewaltigen Springen ab. Der gelichtete Wald vermochte sie nicht aufzuhalten: mächtige Farnen neigten sich wie reife Halme unter der Sichel und wurden zerplüthert vom Felsstrom mitgerissen.

Der Boden war nicht gefroren, und wenige Tage zuvor waren an gleicher Stelle große Lawinen niedergegangen. Diesem Umstand ist es zu danken, daß der Felssturz, dessen Masse wohl 2000 Kubikmeter beträgt, darunter Blöcke von 80—100 Meterquadrat, 500 Meter nördlich vom Dorf zum Stehen kam.

Während der warmen Tage, deren wir uns erfreuen, füllten sich nun die Spalten des verwitterten Gesteins mit Schneewasser, das in der Nacht gefror und die schlecht gelagerten Felsblöcke lockerte. Hier liegt wohl die Ursache des jetzt erfolgten Absturzes, nicht, wie Bewohner von Airola glaubten, im Schließen mit den Gefäßen aus den Befestigungsanlagen.“

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 14. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Fall Delbrück. — Partei und Gewerkschaft. Von R. Kautsky. — Zur Zusammenhangstheorie. Von Heinrich Cunow. (Schluß). — Ein deutsches Frauenbuch. Von Clara Jettin. — Der rote Mann und der weiße. Von Julius Schwarten. — Literarische Fundstücke. — Feuilleton: Westfälische Streifzüge. Von Franz Meyring. (Fortsetzung.)

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 20. Dezember. (B. L. B.) Die Landtage in Graz und Troppau sind heute geschlossen worden.

London, 20. Dezember. Dem Reuterschen Bureau wird aus Manila vom heutigen Tage gemeldet: Eine amerikanische Expedition unter dem Befehl des Generals Miller ist gestern in Manila eingetroffen. Nachdem die Spanier am Sonnabend infolge eines Uebereinkommens mit den Aufständischen den Platz geräumt haben, sind die letzteren am Montag in die Stadt eingezogen, haben sofort eine städtische Verwaltungsbekörderung eingesetzt und Wachen aufgestellt, um das Eigenthum der Ausländer zu schützen. Es herrscht vollständige Ruhe. Fünf Eingeborene sind in der Nacht wegen Plünderung erschossen worden. Ein neues Ministerium der Philippinen ist gebildet worden mit Rabin als Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

87. Sitzung vom Donnerstag, den 20. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Ausschussbericht über den vom Stadtv. Dr. Friedemann Anfangs Oktober gestellten Antrag:

Den Magistrat zu ersuchen, eine zweite höhere Mädchenschule in Westen zu errichten, da in einem großen Teile der Privat-Töchterkassen des Westens die Aufnahme der Schülerinnen von konfessionellen Rücksichten abhängig gemacht wird.

Der Ausschuss ist nach langen und eingehenden Beratungen dazu gekommen, den Antrag Friedemann angebrachtermaßen abzulehnen, schlägt dagegen vor, wie folgt zu beschließen:

Die Versammlung erachtet es mit der geltenden Rechtsordnung für unvereinbar, daß Vorsteher und Vorsteherinnen konfessioneller Privatschulen zur Aufnahme angemeldeter Kinder aus Rücksicht auf ihre Religion abweisen, und erkennt an, daß durch ein derartiges Verfahren der Vorsteherinnen der größten Zahl der höheren Töchterkassen im Westen Berlins ein tatsächlicher Nothstand vorliegt.

Die Versammlung ersucht demgemäß den Magistrat: a) rückfichtlich der bereits bestehenden Privatschulen den vorstehenden Grundsatze bei den Aufsichtsbehörden mit allen Mitteln zur Geltung zu bringen,

b) der Konzeptionierung neuer Privatschulen nur dann zuzustimmen, wenn in der Konzeption selbst den Konzeptionsinhabern die Verpflichtung auferlegt wird, bei der Aufnahme ohne Rücksicht auf die Konfession der angemeldeten Kinder zu verfahren,

c) entweder mit den bestehenden Privatschulen im Westen, soweit diese dem oben aufgestellten Grundsatze entsprechend bei der Aufnahme der Kinder verfahren, in Verhandlung zu treten wegen Erweiterung dieser Schule,

oder ihr baldmöglichst eine Vorlage zugehen zu lassen wegen schneller Errichtung einer zweiten städtischen höheren Töchterkassen im Westen und zwar einer Schule, in welcher nach Art der höheren Bürgerschulen (Mädchenschulen) die Schülerinnen erst nach anderweitiger Absolvierung der Unterstufe Aufnahme finden.

Als Referent fungirt Stadtv. Rommisen. Stadtv. Hugo Sachs ist mit dem Ausschussantrag nicht zufrieden; er beantragt, den Magistrat um eine Vorlage behufs schneller Errichtung einer zweiten städtischen höheren Töchterkassen im Westen zu ersuchen und im übrigen den Ausschussvorschlagen abgesehen von c) zuzustimmen. Mit Vorstellungen beim Provinzialschulcollegium sei, wie die Ausschussberathungen ergeben haben, nichts zu erreichen. Die Gemeinde sei verpflichtet, für die Ausbildung der weiblichen Juden gerade so zu sorgen wie für die der männlichen Juden. Verlage der Privatschulen, so müsse die Stadt eigene Anstalten errichten. Der Nothstand sei als ein schreiender anerkannt. Mit den Schulvorsteherinnen bei solcher Sachlage noch zu paltrieren, sei der Stadtgemeinde nicht würdig. Ebenso unrecht aber sei es auch, die neue städtische Schule ohne Unterstufe einzurichten.

Stadtv. Prezel: Der vorliegende Gegenstand erfordert gebieterisch, daß ich, obwohl ein vereinzelter Vertreter einer abweichenden Anschauung, schon wieder hier das Wort ergreife; ich empfehle, lediglich die Ablehnung des Antrags Friedemann zum Beschluß zu erheben. (Gelächter.) Der Ausschussantrag spricht von einer Verletzung der bestehenden Rechtsordnung, fñhrt aber kein Gesetz an, das etwa verletzt worden wäre — weil eben keines verletzt ist! Von einem Nothstand zu sprechen ist ebenso ungerathen, denn es sind in den Schulen des Westens noch 884 Plätze frei. Auf das einzige Mittel des Magistrats, dem aufgestellten „Grundsatze“ Geltung zu verschaffen, nämlich auf das Mittel der Petition, wird der Magistrat wohl umsomehr verzichten, als er damit der evangelischen Bevölkerung ins Gesicht schlagen würde. (Unruhe.) Die jüdische Gemeinde könnte ja eine eigene jüdische höhere Töchterkassen errichten. Wo bleibt die Freiheit der evangelischen Bevölkerung, wenn sie gezwungen werden soll, ihre Kinder mit jüdischen zusammen erziehen zu lassen? Es könnte hübsch werden, wenn nach dem Willen dieser Mehrheit hier „mit allen Mitteln“ der aufgestellte Grundsatze verwirklicht würde. Aber, Gott sei Dank, wir haben noch Aufsichtsbehörden (Heiterkeit), die solche einseitige Bevorzugung von besonderen Interessen zu verhindern wissen werden. (Zuruf: Polizei!) Bieleicht sind im Ganzen 10 jüdische Schülerinnen von einer Privatschule zurückgewiesen worden; sie brauchen nur wenige Häuser weiter zu gehen, um unterzukommen, aber um diese kleine Schwierigkeit zu beseitigen, soll nun durchaus die Stadt eingreifen und etwa 2 Millionen hergeben! Das geht zu weit. Die jüdische Gemeinde soll ihre eigenen Schulen einrichten, dann haben die besten Bürger Berlins die schönste Gelegenheit, ganz unter sich zu sein! (Unruhe und Lachen.)

Stadtv. Singer: Ich hoffe, die Zeit ist nicht mehr fern, wo Ausführungen wie die des Vorredners als Kuriosität gelten werden und in die Rumpelkammer gewandert sind. (Heiterkeit.) Wenn je eine Rede der Forderung Recht gab, daß der Religionsunterricht aus der Schule heraus muß, dann war es diese. Sie war, weniger den Worten — so viel Schamgefühl hatte wohl der Redner noch — aber dem Sinne nach getragen von dem Bestreben, die Schule zum Sammelpunkte konfessioneller Leidenschaften zu machen, das in schwerer Arbeit vom Volle erzwungene Maß von Toleranz und Gleichberechtigung zu untergraben, sie war geeignet, den Eindruck hervorzurufen, als befänden wir uns nicht an der Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts, sondern im tiefsten Mittelalter, wo es mit der Rechtsordnung vereinbar war, die Juden in Ghettos abzusondern, sie zu mißhandeln und auszubeuten, und letzteres war damals die Hauptsache. (Zurufe: Heute auch noch!) Der Vorredner hat allerdings nicht ungeschickt verschiedene Dinge mit einander vermengt. Von einem Nothstand kann nicht die Rede sein, in diesem Diktum treffe ich mit ihm zusammen, aber dennoch freue ich mich, daß der Ausschuss einen Nothstand konstatiert, und zwar nicht in bezug auf mangelnde Plätze, sondern in sittlicher, in moralischer Beziehung! (Sehr gut!) Als eine schwere Verletzung der Gleichberechtigung muß ich es ansehen, wenn Leute, denen die Erziehung der Jugend anvertraut ist, sich auf einen von Herrn Prezel als gerechtfertigt erklärten Standpunkt stellen. Der Nothstand besteht darin, daß irgend eine Privatschulvorsteherin sich herausnehmen kann, Kinder zurückzuweisen, weil sie die Kinder jüdischer Eltern sind, ein Nothstand, wie er äger nicht gedacht werden kann; und aufs schärfste zu verurtheilen ist es, wenn die Regierung durch Duldung des Einzelens solcher Verhältnisse solchen Nothstand mit verursacht, wo sie die doppelte Verpflichtung hätte, vorzusehen, daß solche Angriffe gar nicht erhoben werden können! Nach meiner Meinung darf und kann die Schule keinen anderen Zweck haben, als dem Schüler das Maß von Bildung beizubringen, welches ihn nachher zur Erreichung einer geachteten Stellung in seinem bürgerlichen Beruf befähigt. (Zustimmung.) Diese Bildung wird um so besser gepflegt werden, je weniger die Anschauungen des Herrn Prezel zur Geltung kommen, je eher wir in der Lage sind, die realen, die realen, wie jetzt in der Schule die Interessen der realen, der realen, der realen Gesellschaft gefördert werden sollen, zu beseitigen. Ich hoffe meinerseits auch, daß dasjenige Ministerium, welches heute der Grundpfeiler dieser Anschauungen ist, eher beseitigt wird als die Auffassung einer vorwärts strebenden Bürgerschaft, die stolz darauf ist, ihre Schulen für alle Bürger der Stadt herzurichten. (Beifall.) Ich trete für den Ausschussantrag und gegen den Antrag Sachs

ein. Der erste ist der Ausdruck der Entrüstung über die Zurückweisung der Kinder aus konfessionellen Rücksichten. Wir hätten den Kulturstand der gesammten Bürgerschaft Berlins zu verlegen geglaubt, wenn wir nicht die erste Gelegenheit ergriffen, dieses von der Regierung gebilligte Verfahren als direkt kulturfeindlich anzunehmen, auszusprechen, daß ein solches Verfahren weit entfernt ist, den christlichen Geboten und der Moral zu entsprechen. Der Antrag Sachs wendet sich auch nicht hiergegen, sondern gegen die praktischen Vorschläge des Ausschusses. Aber mit Unrecht. Von einem Nothstand für die Unterbringung kann nicht gesprochen werden. Ich kann persönlich nur erklären, ich würde nicht einen Augenblick ein Kind in einer Schule lassen, wo solche Dinge vorgehen. (Beifällige Zustimmung); aber selbst dann, wenn die jüdischen Eltern diese Konsequenz gezogen hätten, wäre ein Nothstand nicht nachgewiesen. Mit denjenigen, welche angeblich von denselben betroffen sind, aber mit ihrem Namen nicht herauskommen wollen, habe ich kein Verhältniß (Sehr gut!). Sie scheiden aus diesem Grunde für mich gänzlich aus. Die Mitbürger des Westens haben nicht das geringste Recht, anders als die Mitbürger der übrigen Stadt behandelt zu werden. Ich bin ein prinzipieller Gegner der Privatschulen, aber dieser Standpunkt ist nicht der des Magistrats und der Mehrheit der Versammlung. Diese haben sich darüber verständigt, für das höhere Mädchenschulwesen andere Normen als für die Knaben gelten zu lassen; nur für ein Drittel der Mädchen sollen städtische höhere Töchterkassen errichtet werden. Dieser Grundsatze ist noch nicht beseitigt, es muß noch ihm verfahren werden, und danach bleibt es dabei, daß eine neue Schule nicht nötig ist; es liegt auch gar keine Veranlassung vor, für den Westen eine Ausnahme zu machen. Herr Sachs hält eine Subventionierung bestehender Privatschulen für unwürdig. Wessen unwürdig? Derer, die sie bekommen? Wir subventioniren doch manche Dinge und Personen, und von der Zurückweisung „unwürdiger“ Anwendungen hört man nichts. Oder unwürdig der Stadt? Doch gewiß nicht. Wir werden doch gerade auf diesem Wege die schmachvollen Zustände, die sich da entwickelt haben, wenn nicht beseitigen, so doch auf ein Minimum reduzieren. Und wenn durch die Subventionierung humaner Vorsteherinnen die andern zur Scham gerufen werden, wenn sie die Verhätigung einer niedrigen Gesinnung lästiglich unterlassen, so habe ich nichts dagegen. (Zurufe.) Dieses „unwürdig“ ist bloß, um Stimmung zu machen, hier hineingeworfen worden. Sie haben schon ganz andere Beschlässe gefaßt, wenn wir von „unwürdig“ reden wollen (Zurufe). Denken Sie nur an das Denkmal für Herrn Wlad! (Heiterkeit und Oh!) Eine höhere Lehranstalt brauchen wir also erst zu bauen, wenn nach den erwähnten Grundsatzen ein Nothstand eingetreten ist. Vermeiden muß es mich sodann, daß die Herren, die nach ihrem Programm eine einheitliche Volksschule für die Gesamtbevölkerung wollen, sich hier gegen den Beschluß der Unterstufe wenden. Hält man etwa in den Kreisen der Antragsteller es für einen Nothstand, wenn die jüdischen Eltern ihre Töchter zunächst in die kommunale Schule schicken sollen? Sie können der Gemeindeschule keinen größeren Dienst leisten, als durch den Fortfall der Unterstufe an den höheren Lehranstalten; wenn Sie die wohlhabenden Bewohner veranlassen, ihre Kinder in die Gemeindeschulen zu schicken, erhöhen Sie das Niveau der Volksschule außerordentlich. Alle Mängel der letzteren werden in dem Maße schwinden, als die Kinder der Besitzenden diese Schulen besuchen und die Vertreter dieser Klassen an ihrem Fleiß und Eifer die Mängel der Volksschule zu verspüren bekommen. Im Süden Deutschlands haben wir ja bereits nur eine Volksschule, auf der sich die höheren Anstalten aufbauen. Und sollten die Leute im Westen wirklich so exklusiv sein, dann wäre gleichwohl noch kein Nothstand da, dem ein stilles Gesicht hat für diese Herrschaften so gut gefügt, daß sie ihre Kinder auch durch Privatunterricht vorbereiten lassen können. Wir können einer immerhin kleinen Anzahl von Mitbürgern zu Liebe dort nicht eine höhere Lehranstalt bauen. Stimmen Sie dann für den Ausschussantrag und protestiren Sie gegen ein solches und Mißachtung entpflanzendes inhumanes Verfahren! (Beifall.)

Stadtv. Gerstenberg betont, daß doch zum mindesten ein relativer Nothstand anerkannt werden müsse. Der Nachweis, daß nach Stellen in den Privatschulen frei seien, habe keinen Werth, für den Westen sei eben an öffentlichen Schulen für Mädchen Mangel. Es müssen städtische Schulen vorhanden sein, in die der Steuerzahler seine Kinder hineinschicken kann, auch abgesehen vom konfessionellen Standpunkt. Das Denkmal des Herrn Wlad habe dieser sich doch selbst gefügt, nicht die Stadt. (Heiterkeit.) Mit Hugo Sachs ist auch dieser Redner für Ablehnung der beiden Anträge sub c).

Stadtv. Friedemann stimmt dem Ausschussantrage zu, zu dessen Gunsten er schon im Ausschusse seinen Antrag nicht mehr aufrecht erhalten hat. Sowohl mit Rücksicht auf den Säckel der Stadt, als auch auf wohlverordnete Rechte dürfte nicht weiter als nötig gegangen werden. Die beiden Privatschulen, die im Westen ohne Unterschied der Konfession Schülerinnen aufnehmen, würden sonst gerade in erster Linie gefährdet werden. Jüdische Schulen ins Leben zu rufen, lehne die jüdische Bevölkerung ab, um nicht den Religionsdualismus in die heranwachsende Generation zu pflanzen.

Nachdem sich noch Stadtv. Hugo Sachs gegen die Hereinziehung der Wlad'schen Denkmalsache vermahnt und der Vorsteher Dr. Langenhaus die vom Stadtv. Singer in diesem Punkte verlaßene Kritik für unzulässig erklärt hat, schließt die Debatte.

Mit 41 gegen 62 Stimmen wird der Antrag Sachs abgelehnt. Die Resolution und die Punkte a) und b) gelangen mit großer Mehrheit zur Annahme. Ueber die Art der Abstimmung über Punkt c) entsteht eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Das schließliche Ergebnis ist die Annahme der Ausschussanträge. Die Kompetenz der städtischen Deputation für Kunstzwecke ist aus Anlaß zweier neuerlich gestellter Anträge ebenfalls Gegenstand einer Ausschussberathung gewesen. Der Antrag Goldschmidt II wegen Verstärkung der Deputation um 2 Bürgerdeputierte ist vom Ausschusse mit 4 gegen 8 Stimmen abgelehnt, dagegen der Antrag Labowitz, das Gutachten der Deputation vor der Annahme von Kunstwerken als Anwendungen an die Stadt einzuholen, mit 5 gegen 2 Stimmen angenommen worden. Außerdem hat sich der Ausschuss mit dem Magistratsbeschluß vom 14. Januar 1898 einverstanden erklärt, wonach es bei den bisherigen Beschlüssen der Deputation hinsichtlich der lediglich Kunstzwecken dienenden Gegenstände verbleiben soll, während in übrigen das Recht der Mitwirkung der sonst zuständigen Verwaltungsstellen bezw. der Versammlung ausdrücklich anerkannt wird.

Nach längerer Debatte bestätigt die Versammlung lediglich die vom Ausschusse gefaßten Beschlässe. Der zur Krönung der Verhältnisse der Sanitätswachen und des Berliner Rettungswesens überhaupt niedergelegte Ausschuss ist zu folgenden Vorschlägen gelangt:

1. Die Stadt übernimmt durch ihre Organe die Aufsicht über das gesammte Rettungswesen in Berlin.
2. Die Deputation für das vereinigte Berliner Rettungswesen, der diese Aufsicht übertragen wird, besteht aus 2 Magistratsmitgliedern, 8 Stadtverordneten, 1 Vertreter des Polizeipräsidiums, 2 Deputierten der Sanitätswachen, der Unfallstationen und der Rettungsgesellschaft, unter Vorsitz eines der Magistratsmitglieder.
3. Die bestehenden Anstalten setzen ihre Thätigkeit fort. Weitere Wachen können nur unter Zustimmung der städtischen Deputation errichtet werden.
4. Die städtische Unterstützung der verschiedenen Anstalten geschieht nach Prüfung durch die Deputation unter Berücksichtigung des nachgewiesenen Bedürfnisses.
5. Die Deputation hat auch darüber zu entscheiden, ob bestehende Wachen aufgelöst event. nach anderen Stadtbezirken verlegt werden sollen.

Zum Zwecke der Subvention soll der bisherige Etatstittel für diese Zwecke von 40 800 M. im Etat für 1899/1900 auf 65 000 M. erhöht werden.

Ohne Debatte tritt die Versammlung nach dem Referat des Stadtv. Spinoza diesen Vorschlägen bei.

Der Hilfsarbeiter-Sireit nähert sich seinem Ende. Die Vorlage des Magistrats, wonach 440 namentlich aufgeführte Bureau-Hilfsarbeiter ohne weitere Prozeßführung als Gemeindebeamte anerkannt werden sollen, ist von dem betreffenden Ausschuss angenommen worden. Auch die noch schwebenden Prozesse mit den Hilfsarbeitern Korbach, Hemde, Krost, Kuschardt und Kasulla sollten durch Zurücknahme der vom Magistrat eingelegten Rechtsmittel erledigt werden; nachträglich hat jedoch der Magistrat die Fortführung der Prozesse gegen die zwei letztgenannten beschlossen, da sich in der Zwischenzeit Umstände ereignet haben, die auf einen günstigen Ausfall der Entscheidung für den Magistrat schließen lassen. Der Ausschuss empfiehlt, dementsprechend zu beschließen.

Bürgermeister Kirchner giebt die Erklärung ab, daß mit dieser Vorlage die Angelegenheit noch nicht erledigt sei, daß vielmehr eine Magistratskommission bereits damit befaßt sei, zu prüfen, welchen Angelegten noch weiter die Beamtenqualität beizulegen sein werde.

Auf Anfrage des Stadtv. Singer ergänzt der Bürgermeister seine Erklärung dahin, daß sich die Kommission auch mit der Frage der Reliktenversorgung für die Gemeindebeamten befassen wird.

Es wird darauf den Ausschussanträgen gemäß beschloffen. Die Vorlage wegen des Umbaus der Hofstraßen-Brücke geht auf Antrag Dünse an einen Ausschuss.

Zum Zweck der vorläufigen Regelung der Müllabfuhr und Herbeiführung einer baldigen endgültigen Entscheidung über die Frage der Müllbeseitigung fordert der Magistrat einen Kredit von 100 000 M.

Die Bewilligung wird ohne Diskussion ausgesprochen. Gegen 9 Uhr gelangt ein Verlagsantrag zur Annahme.

Lokales.

Arbeiter-Bildungsschule. Das Schullokal ist vom „Luisenhof“, Rudowstr. 9, nach dem Lokal des Hrn. Vefse, Amnestr. 16, 1. Treppe, verlegt worden. Freitag, den 30. Dezember, ist die Bibliothek von 8—9 Uhr abends geöffnet. Die Generalversammlung findet am Donnerstag, den 5. Januar 1899, in demselben Lokale statt. Wiederbeginn der Kurse am Montag, den 10. Januar, in Rationalökonomie (Vortragender: Schriftsteller Richard Calver); Donnerstag, den 19. Januar, in Rede-Kunde (Vortragender: Rechtsanwalt Dr. Roth); Freitag, den 20. Januar, in Geschichte (Vortragender: Schriftsteller Dr. Steiner). Das achte Stiftungsfest findet am Sonnabend, den 21. Januar 1899, im „Wöhlischen Brauhaus“, Landsberger Allee, unter Mitwirkung hervorragender Künstler statt. Genosse W. Liebknecht wird die Festrede halten. Willst du schon jetzt in den Abtheilungen der Schule, sowie der „Freien Volkshöhe“ zu haben. Die Mitglieder wollen für den Besuch vor genannter Veranstaltungen recht rege agitiren. Der Vorstand.

Nach dem Fest.

Das Weihnachtsfest ist genau so verlaufen wie alle seine Vorgänger: mit viel Ermahnungen, Predigten und Verheißungen. Und was ist von all diesen klingenden und schimmernden Worten in Erfüllung gegangen, was war der Erfolg aller außerordentlichen, Außerordentlichen der christlichen Nächstenliebe an den Feiertagen? Jetzt, nach wenigen Tagen ist schon die ganze Herrlichkeit in Trümmern. Der bespulte Baum steht noch in der Stube. Bei einigermassen wohlkürten Leuten riecht's noch nach Pfefferküchen und brennenden Lichtern. Aber die sogenannten Weihnachtsgefühle haben nicht mal mehr einen Hauch zurückgelassen; ja, meist waren sie schon in den Feiertagen vollkommen zertrüben. Und wodurch? Durch rein materielle Verhältnisse.

Dem einen wurde gerade am Fest die große Liebesgabe des Handwirts, die Kündigung, überbracht — die eventuell zurückgenommen wird, wenn der, dem der Wirt voll Mißgefühl ein Heim unter seinem Dache eingeräumt hat, dieses Mißgefühl zu würdigen versteht, indem er der Noth noch einige klingende Beweise hinzufügt.

Dem andern wird das Weihnachtsgeschenk nachträglich beschert. Sein Arbeitgeber sieht sich genöthigt, ihn zu entlassen. Daß er ihn gerade vor Weihnachten beschäftigte, war eine außerordentliche Günst. Es wäre, nach der Meinung des Arbeitgebers, gar nicht nötig gewesen, ihn einzustellen. Die regelmäßig beschäftigten Verkäufer, Packer u. s. w. hätten die wenige Arbeit mit Leichtigkeit allein machen können. Der Arbeitgeber kann sich auch durchaus nicht erlauben, daß er je von einer festen Stellung oder gar von einer Lebensstellung getrennt hätte. Da hat sich der Angestellte bestimmt nur verheißt. Ueberhaupt, er möchte ja doch eigentlich noch dauern sein, daß er sich zu Weihnachten einige Mark verdienen durfte! Aber das ist es eben, die Arbeiter kennen heute keine Dankbarkeit mehr.

Nie wird vielleicht mehr über Undankbarkeit geklagt, wie gerade nach dem Weihnachtsfest. Die Handwerkermeister, die Fabrikanten, die Ladenbesitzer, und vor allem jene Unglücklichen, die sich Dienstboten halten müssen, alle, alle sind sie Leidensgenossen. Alle könnten sie sich in brüderlichem Schmerz warnen — die Welt wird schlechter von Tag zu Tag, wer weiß, was da noch kommen mag!

Nichts ist wohl widerwärtiger, als dies Gejammer über Undankbarkeit. Erstens, was waren alle die Weihnachtsgeschenke an die Dienstboten und Angestellten? Nichts anderes, als eine Entschädigung für die vor den Feiertagen geleistete Mehrarbeit, ja, in den meisten Fällen sogar nur eine sehr lärgliche Entschädigung. Zweitens aber, und das ist wohl die Hauptsache, was wäre das für ein Geschenk, für das ich Dankbarkeit, oder vielmehr in Wirklichkeit, irgend eine Gegenleistung verlange? Das war doch schließlich nur ein Tausch. Und in solchem Falle sollte man doch wenigstens die großen Worte und Klugreden unterlassen. Das entweicht nur das Fest. Es verliert an Bedeutung. Und nach wenigen Tagen erkennen wir, daß die Predigten und Verheißungen nicht weiter als Waße, als gewaltsame Sentimentalität waren, die gegen die Forderungen des Lebens, gegen die Verworfenheit unserer herrlichen Weltordnung ganz und gar ohnmächtig sind.

Die Polizei sieht nicht auf die politische Gesinnung der Gastwirthe.

Dem Polizeipräsidium geht den Berliner Zeitungen folgende Mitteilung zu: In einer vom „Verband der Schaaf- und Gastwirthe in Berlin und den Vororten“ nach Stecher's Sälen, Andraasstr. 21, einberufenen öffentlichen Versammlung wurde, Zeitungsberichten zufolge, die Behauptung aufgestellt, daß die Handhabung der Polizeihunde von der hiesigen Polizei nach Billig mit Rücksicht auf die politische Gesinnung der Schaafwirthe erfolge. Diese Behauptung ist unrichtig, gegen derartige willkürliche polizeiliche Maßnahmen würden die Betroffenen sicher die ihnen ausreichend besonnenen gesetzlichen Rechtsmittel einzulegen wissen.

In der Form trifft diese Verächtung auf unabweisliche zu. Die Geistes- und Gewissensfreiheit ist beim Berliner Polizeipräsidium mindestens ebenso gut aufgehoben wie beim Minister Wofse, der im Presselland eine Lobrede auf diese Freiheit hält und von Amts wegen den Professor Delbrück mahregelt. Ja, die Praxis der letzten Jahre läßt sogar vermuthen, daß der Polizeipräsident ungleich dem

Minister für Geistesfreiheit Licht und Schatten einigermassen gleichmäßig zu vertheilen bestrebt ist und auch im gewissen Gegensatz zu manchen Amtsvorstehern der nächsten Umgegend Berlins seinem Wirthe die Polizeigewalt herabsetzt oder ihm sonst offenkundig Schwierigkeiten macht, wenn der Mann sich getraut, eine sozialdemokratische Versammlung in seinen Räumen zu dulden.

Etwas anderes ist es mit der Frage, ob untere Polizeio-rgane sich nicht berufen glauben, auf die Verrichtung der politischen Bestimmung bei den Gastwirthen einzuwirken. Wir haben erst kürzlich gemeldet, daß im Westen der Stadt ein Polizeibeamter einen Gastwirth anging, den „Vorwärts“ aus seinem Lokal zu entfernen. Auch fällt uns der Verleumdungsprozess Wenzel ein, der am 31. Januar 1896 vor der neunten Strafkammer am Landgericht I verhandelt wurde. Der Angeklagte hatte erzählt, daß der Polizeihauptmann Kucion dem hiesigen Restaurateur Ullig mit Entziehung der Konzession gedroht habe, wenn er in seinem Lokal sozialdemokratische Versammlungen abhalten ließe. Hierzu bekundete der Polizeihauptmann Kucion als Zeuge, daß er den Gastwirth Ullig in einem Gespräch darauf aufmerksam gemacht habe, daß durch die Arbeiter-Versammlungen der Charakter seines Lokals verändert werde und daß er, der Wirth, die Folgen zu tragen habe. Ullig, der gleichfalls in der Verhandlung als Zeuge vernommen wurde, bestätigte das im wesentlichen und sagte noch im besonderen, er sei sich durch die Frage des Hauptmannes bewußt geworden, daß er nicht auf dem richtigen Wege sei. Später hätte er dem auch seinen Saal zu Arbeiter-Versammlungen verweigert. Wir erinnern uns ferner, in der Zeit des Bierbohlotts unwidersprochen berichtet zu haben, daß ein Polizeileutnant einen Wirth in der Hasenheide zu gunsten der Ringbrauereien zu beeinflussen suchte.

Der Polizeipräsident wird zugeben, daß solche Einzelfälle gerade nicht geeignet sind, das Ausleben der Bestimmungsfreiheit bei den Gastwirthen zu fördern. Er hätte ein gutes Werk und würde das Vertrauen in die Nichtigkeit seiner den Zeitungen zugesandten Mittheilungen entschieden befestigen, wenn er energisch dafür sorgen wollte, daß die ihm unterstellten Organe sich aller Beeinflussungen der von uns geschilderten Art enthalten.

Der sechste Berliner Reichstags-Wahlkreis beherbergt be-lamlich eine größere Zahl wahlberechtigter Deutscher als irgend ein anderer Wahlkreis, nämlich 142 226, dagegen zählen die elf ab-solut am schwächsten bevölkerten Wahlkreise des Reichs (Neustettin, Löwenberg, Stoltschin, Coburg, Rauenburg, Fraustadt, Deutschene, Hapollsweller, Gebweiler, Waldeck und Schaumburg-Lippe) zu-sammen bloß 141 265 Stimmen, demnach sind die elf Abgeordneten, die diese Kreise im Reichstage repräsentiren, Vertreter von weniger Wählern, als Liebknecht, dessen eine Stimme im Reichstage bei Abstimmungen nicht mehr wiegt, als die irgend eines der Vertreter der Pilsener-Wahlkreise. Die acht Vertreter von Berlin und der beiden die Reichshauptstadt umschließenden Wahlkreise repräsentiren zusammen 595 081 Wahlberechtigte, dagegen hinter den 38 Vertretern der kleinften deutschen Wahlkreise bloß 588 147 Wahl-berechtigte. Ueber diese Mißverhältnisse wundert man sich nicht, wenn man weiß, daß die Sozialdemokraten nach der Zahl der für ihre Kandidaten abgegebenen Stimmen statt durch 56 durch 108 Ab-geordnete im Reichstage vertreten sein müßten.

Die Zahl der Aerzte in Berlin und den Vororten. Am Schlusse des Jahres 1898 praktiziren hier 2233 Aerzte, 37 mehr als im Vorjahre, und es kommt 1 Arzt auf je 751 Einwohner. Im Jahre 1825 besaß Berlin erst 191 Aerzte (1 Arzt auf 1153 Einwohner), 1849 waren es 515 (1 auf 823), im Jahre 1867 betrug die Zahl 785 (1 auf 913), im Jahre 1876 zählte die Stadt 898 (1 auf 1154) und 1887 hatte sie 1104 (1 auf 1191). Die Bevölkerung hat sich von 1875 bis 1885 und seitdem um je 37 pCt. vermehrt, die Zahl der Aerzte ist von 1876 bis 1887 um 43 pCt., seitdem um 102 pCt. gestiegen. Nach Lage der Verhältnisse muß man auch den Vororten, deren Einwohner zum Theil in Berlin ärztliche Hilfe suchen, deren Aerzte zum Theil in Berlin praktiziren, Berücksichtigung schenken. In Charlottenburg wurden 801, in Schöneberg 75, in Wilmersdorf 13, in Rigdorf 25, in Spandau 31, in Köpenick nur 5 Aerzte gezählt; außerdem waren in den kleineren Ortshäufen 212 Aerzte, darunter 20 in Lichterfelde, 12 in Steglitz, 11 in Weiskensee. In Berlin und seinen Vororten wohnt etwa ein Zehntel der deutschen Aerzte und fast ebenso viele wie im ganzen Königreich Bayern. In Potsdam leben 63 Aerzte, darunter 25 Militärärzte, einschließlich derjenigen a. D., das ist 1 Arzt auf 928 Einwohner. Das ganze Deutsche Reich besitzt 25 757 Aerzte, 884 mehr als im Vorjahre; in Preußen wohnen 15 454 (+ 497). Die statistischen Mittheilungen ergeben, daß die Zahl der deutschen Aerzte noch immer in der Zunahme begriffen ist; auch an den deutschen Universitäten macht sich seit dem letzten Jahre wieder eine Steigerung bemerkbar.

Eine Statistik des Schulbesuchungs veröffentlicht das Polizei-präsidentium im Anschluß an die übliche Warnung vor der Verübung groben Unfugs. Die amtliche Mittheilung lautet: „Im dem Unfug in der Schulbestrafung zu steuern, werden seit Jahren die dabei vor-gelommenen Uebertretungen nicht durch polizeiliche Strafverfolgung erledigt, sondern der königlichen Amtsanwaltschaft zur gerichtlichen Verfolgung übermittelte. In der letzten Schulbestrafung wurden in Berlin 250 Personen festgenommen, theils wegen Verübung groben Unfugs, theils wegen Bettelns, Trunkenheit, Schlägerei, Körper-verletzung, Verleumdung und Sachbeschädigung (darunter zwei wegen Anzünden des Papiers an den Straßensäulen). Von den wegen groben Unfugs oder Verübung ruhestörender Lärms in der Schulbestrafung dem Gericht überwiebenen 148 Personen wurden 129 bestraft, nämlich 88 mit Freiheitsstrafen von 1 Tage bis zu 2 Wochen, 91 mit Geldstrafen von 3—50 Mark. Zwei jugendliche Personen erhielten gerichtliche Verurtheilung. — In der Hauptmasse waren die Erzelebenden Arbeiter und Handwerker, 16 waren Kaufleute, 4 Studenten, 8 Schüler, Lauf- und Arbeits-burschen und Lehrlinge.“

So die Mittheilung des Polizeipräsidentiums. Eine Angabe darüber, ob die gebildeten Ständemacher empfindlicher bestraft worden sind als die ungebildeten, fehlt in der Statistik. Zwar sollte man denken, daß Arbeiter auch in der Schulbestrafung besseres zu thun wüßten, als zu randaliren.

Die Frage der Verlegung des Vorort-Verkehrs der Anhalter Bahn bereitet der Eisenbahn-Direktion besondere Schwierigkeiten. Es war geplant, den gesammten Vorort-Verkehr vom Anhalter Bahnhof nach dem Potsdamer Bahnhof zu verlegen, und zwar sollten die Züge in die unter allen Umständen zu erweiternde Halle des Stadtring-Verkehrs, die links von dem Hauptbahnhof gelegen ist, geleitet werden. Gegen dieses Projekt hat sich jedoch das hiesige Polizei-Präsidentium ausgesprochen, da der ohnehin schon durch Wagen- und Fußgänger-Verkehr stark belastete Potsdamer Platz durch den neuen Bahnhof eine erhebliche Verkehrs Zunahme erfahren würde. Von verschiedenen Interessenten, ganz besonders aus Groß-Lichterfelde, wurde an-geregt, den Vorort-Verkehr nach einem völlig neu zu erbauenden Bahnhof neben dem Anhalter Bahnhof mit Ausgängen nach der Schöneberger- resp. Wilmersdorfer Bahnstation zu verlegen. Die Eisenbahn-Verwaltung ist jedoch umwovener geneigt, auf diesen Vorschlag einzugehen, als hierdurch die Anlage zweier besonderer Vorort-geleise sowie der Ankauf theurer Grundstücke in der Schöneberger-straße und ebenso die Verlegung des dort befindlichen Feuerweh-depots notwendig würde, ein Plan, dessen Durchführung mit großen Kosten verknüpft wäre. Da jedoch eine Entlastung des Anhalter Bahnhofers als auch des Bahnhofers von Jahr zu Jahr notwendiger wird, so sind bereits die Arbeiten für die Herstellung einer Geleisverbindung von der Anhalter zur Potsdamer Bahn in Angriff genommen worden. Der Vorortverkehr wird zwischen den Stationen Mariendorf und Tempelhof abgeleitet und nach der Potsdamer Bahnstraße hinübergeführt werden. Die Gesamt-arbeiten sollen bis zum April des Jahres 1901 beendet sein, worauf der Anhalter Bahnhof für den Vorort-Verkehr geschlossen wird.

Die Einführung des Werth-Briefverkehrs mit Groß-britannien und Irland tritt am 1. Januar nach dem Washingtoner Werthbriefabkommen des Westpostvereins in kraft. Zugelassen sind Werthbriefe (nicht aber Werthkästchen) bis zum Höchstbetrage von 2400 M. oder 3000 Franken oder 120 Pfund Sterling. Die neben dem Porto und der Einschreibgebühr zur Erhebung kommende Versicherungsgeld beträgt 20 Pf. für je 240 M.

Frühere Bühnenkünstler suchen immer mehr Berlin als Wohnstätte auf und namentlich die Vororte beherrschten eine ganze Reihe von Leuten, die früher sich auf den Brettern bewegt haben. Gar viele, die sonst der Kunst geblieben haben, haben sich anderen Berufen zugewendet, so lokalirt geht der frühere Opernbariton Dr. Dolar Schneider als wohlbestallter Standesbeamter Ehepaare und trägt gewissenhaft Geburts- und Todesfälle in die Register ein. Der Operntenor Walter Velle, einst der gefeierte Liebhaber der Leipziger Bühne, praktizirt in der Lühnowstraße als Spezialarzt für Hals- und Kopfkrankheiten. Der einstige Spieltenor Rudolf Stückenbrod betreibt in der Dresdenstraße eine Blatgold- und Bronzewaaren-Handlung; auch der jetzt hier in der Neuen Königstraße wohnende lyrische Tenor Robert Siebert hat sich dem Kaufmannsberufe zugewendet. Bis zum Kommerzienrath hat es der frühere Bariton Lechner gebracht. Daß wohl frühere Mitglieder der Hofbühne zur Zeit den Gast-wirthsbetrieb ausübten, Abmeyer als Weinhändler, Wende als Glödenwirth, dürfte auch weiteren Kreisen bekannt sein, doch werden wohl nur wenige wissen, daß sich hinter dem orientalischen Hauberey Ben-Ali-Deh der in Richterfelde wohnende frühere Charakter-spieler Max Anzinger verbirgt. Der frühere seriöse Wagh der Dresdener Hofbühne, Anton Däselner, ist jetzt Beamter im kaiserlichen statistischen Amt. Eine ganze Anzahl früherer Bühnen-künstler haben im Versicherungswesen Unterkunft gesucht, wir nennen nur den auch als Theaterdirektor bekannt gewordenen Wabuffo Wegler, den Geldbändler Julius v. Karger, den zuletzt im Lessing-Theater wirkenden Schauspieler Karl Galster und den früheren Intendanten Freiherrn Karl v. Stengel.

Womit wird im Zeichen des Verkehrs das Jahr 1899 ein-geleitet? Die Antwort auf diese Frage giebt folgende Bekannt-machung des Polizeipräsidentiums: „Aus Anlaß der am 1. Januar 1899 im königlichen Schlosse stattfindenden Gratulationsjour sowie des Salutschlusses im Lustgarten und der großen Parole-Ausgabe im Zeughaus werden von 10 Uhr vormittags ab bis nach Beendigung der Feierlichkeiten — etwa gegen 1 Uhr — der Lustgarten, die Schloßfreiheit, die Kaiser Wilhelm- und die Schloßbrücke, sowie der Platz am Zeughaufe für Fuhrwerke, Reiter und Fußgänger nach Bedarf gesperrt.“

Im Kunstgewerbe-Museum sind nordische Webereien ausgestellt, welche in Lund (Schweden) gearbeitet sind. Dort besteht seit 1870 ein kulturgeschichtlicher Verein, jetzt unter Leitung des Direktors Karlin, welcher sich bemüht, die altnordischen Techniken neu zu beleben. Die Arbeiten sind Handwebereien, zum Theil in Gobelin-technik in einfachen kräftigen Farben, derber Textur und dementsprechend kräftigen dreigezeichneten Mustern. Die spezifisch nordischen Stüde halten sich zumeist an geometrische Formen ein-fachster Art, anderes ist mehr dem modernen Geschmack und Be-dürfnis angepaßt, darunter natürliche Kompositionen des schwedischen Malers Jacob Mülle. Das Museum hat auch hier, wie bei der letzten Ausstellung der in Berlin bestehenden nordischen Weberei, ältere Arbeiten aus jenem Besitz als Vergleichsmaterial hinzugefügt. Die Stüde befinden sich sämmtlich in der oberen Kammer und werden einige Wochen ausgestellt bleiben.

Noch eine Zwangsinnung. Amlich wird bekannt gegeben: Der Oberpräsident zu Potsdam hat unterm 20. d. M. angeordnet, daß zum 1. Mai 1899 eine Zwangsinnung für das Drechsel-Handwerk in dem Bezirke der Stadt Berlin mit dem Sitze in Berlin errichtet werde. Von dem genannten Zeitpunkt ab gehören alle Gewerbetreibende, welche das Drechselhandwerk betreiben, dieser Innung an. Zugleich ist von dem ab die Schließung der zur Zeit hier bestehenden Drechsel-Innung angeordnet.

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Branden-burg hat ihren Zentral-Arbeitsnachweis, der vom 1. Januar ab in Thätigkeit tritt, in Berlin O am Schloßischen Bahnhofs errichtet und auch bereits den Tarif für die Vermittlung von landwirtschaftlichen Personal festgesetzt. Danach erfolgt die Vermittlung für Arbeitnehmer kostenfrei, nur landwirtschaftliche Beamte und Beamtinnen zahlen 3 M. Die Arbeitgeber haben Neugebeld, Agentengebühr sowie Einschreibgebühr von 1 M. pro bestellte Person im voraus zu entrichten. Diese Gebühr wird als Beitrag zu den allgemeinen Kosten des Arbeitsnachweises betrachtet und nicht zurückvergütet. Die Vermittlungsgebühr beträgt für Wander-arbeiter und ledige Tagelöhner 1 M., für Wirtschaftsrinnen, Gärtner, Handwerker, Diener, Kutsher 3 M., für Anstaltler, Schweitzer, Köchinnen, Dienstmädchen fürs Haus 5 M., für Sekretäre, Buchhalter, Hofverwalter, Aufseher, Stützen, Oberknechte, Tage-löhnerfamilien 6 M., für Anrechte unter 18 Jahren 7 M., für solche über 18 Jahre und für Viehmägde 8 M. Viel Verlangen dürfte in Berlin gerade nicht vorhanden sein, sich kostenlos als Gefundenslave placiren zu lassen.

Mit Schweizerer Grün hat sich das 23jährige Dienst-mädchen Samajedla, das im Hause Sämannstr. 16 in Stellung ist, zu vergiften gesucht. Liebesgram soll den Grund zur That ab-gegeben haben. Das Mädchen wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Einen tödtlichen Ausgang hat ein Unfall genommen, der vor einigen Tagen dem 53 Jahre alten Arbeiter Friedrich Zertner aus der Stralauer Allee 9a zuzusch. Zertner war auf dem Stätteplay und Lager von Eisfeld beschäftigt. Beim Aufwinden von Rollen stand er im zweiten Stock des Lagerhauses, um mit einem Haken die Rollen nach dem Boden zu ziehen und abzunehmen. Hierbei verlor er das Gleichgewicht, stürzte auf den Hof hinab und zog sich mehrere Rippenbrüche und schwere innere Verletzungen zu. Diefen ist er im Krankenhaus Weihenau erlegen.

Warnung wird vor einem südamerikanischen Erbschafts-schwindel, der den noch immer nicht ganz erloschenen spanischen Schatzgräbergeschwindel ablösen zu wollen scheint. Verschiedene Güts-besitzer der Umgegend haben Briefe aus Buenos-Ayres erhalten, in denen ihnen ein gewisser Albert Wollmann, der sich „vereidigter Notariatsverwalter“ nennt, von dem Ableben eines den Empfängern völlig unbekanntem Veranbten Mittheilung macht, der in Amerika unter angenommenem Namen gelebt haben soll. Gleichzeitig erbietet sich Wollmann gegen Einzahlung einer bestimmten Summe, die zwischen 20 und 100 M. schwankt, die Regulirung des Nachlasses zu übernehmen und dem Erben zum Antritt seiner Erbschaft zu verhelfen. Daß man es bei der ganzen Erbschaftsgeschichte mit einem raffinierten Schwindel zu thun hat und der amerikanische Herr Notariatsverwalter auf die Leichtgläubigkeit der Adressaten spekulirt, geht daraus hervor, daß er nahezu das gleiche Schreiben mit nur unwesentlichen Ab-änderungen an verschiedene Adressen geschickt und wie Nachforschungen ergeben haben, dasselbe Spiel vor einiger Zeit in Rußland getrieben hat. Man vermutet, daß der „Notar Wollmann“ mit einem vor der ihm drohenden Verhaftung geflüchteten Desraubanten und ge-werbmäßigen Spieler Wollmann identisch ist.

Selbstmordversuch eines Soldaten. Im Friedrichshain hat sich gestern früh gegen 7 Uhr der 23 Jahre alte Jägermeister Johannes Schwarz drei Augen in den Kopf geschossen. Schwarz dient seit 1. Oktober d. J. beim 43. Infanterie-Regiment in Pillau in Ostpreußen und hat sich für die Feiertage zu seiner hier in der Fruchtstraße wohnhaften, kranken Mutter beurlauben lassen. Anstatt nun am dritten Feiertag, als sein Urlaub abgelaufen war, nach seiner Garnison zurückzukehren, ist er mit seiner Braut in Berlin geblieben, bis er gestern früh aus Angst vor Strafe sich das Leben zu nehmen suchte. Der Schwerverletzte, welcher noch Uniform trug, wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht.

Nohe Burtschen. Ein hiesiges Blatt meldet: Die offene Strafe demüthigen Mittwoch Abend zwei Gymnastiken als Schie-

plaz, indem sie vor dem Fenster ihrer elterlichen Wohnung in der Mischelstraße fortgesetzt zum Vergnügen Tischtennis abfeuerten. Die Kugeln flogen den schräg gegenüberliegenden Droschkenführern um die Ohren, ohne daß die Gefährdeten die Herkunft der Geschosse entdecken konnten. Plötzlich traf ein Geschöß die Straße mit seinem leeren Gefährt passirenden Droschkenführer Karl Fabert oberhalb des rechten Bedenknosens und blieb dort stecken. Der Verletzte mußte sich nach der Unfallstation III begeben, wo ihm das Projektill, ein grobkalibriges Schrotloren, aus der Wunde entfernt und ein Verband angelegt wurde. Die beiden Schützen, die 15- bzw. 17-jährigen Söhne eines Fabrikanten, wurden zur Polizeiwache des 26. Bezirks sistirt, wo ihre Personalien festgestellt wurden.

Furchbar verlegt wurde gestern Mittag die in der Großen Franzfurterstraße 119 in der Druckerlei von Wegener beschäftigte Anzeigerin Bertha Kräger. Dieselbe wollte kurz vor der Mittags-pause ihr Haar in Ordnung bringen und erbat sich zu dem Zweck von einer an einer nebenstehenden Maschine thätigen Kollegin einen Stamm. Da die Maschine der letzteren aber noch im Betriebe war, konnte sich die Kollegin nicht von ihrem Platz entfernen; die K. be-gab sich daher zu ihr, um den Stamm in Empfang zu nehmen. Da-bei kam sie aber dem Getriebe der Maschine recht unvorsichtig zu nahe. Ihr bereits aufgelöstes Haar wurde von einer Welle erfasst und im Nu aufgewickelt. Noch ehe man riefte, was geschah und die Maschine aussetzen konnte, war der Bewaunerswerthen bereits der größte Theil der Kopfhaut herabgerissen worden. Man schaffte die Verunglückte, die vor Schmerz bewußtlos geworden war, auf die Unfallstation Grüner Weg, wo sie die erste Hilfe erhielt.

Der Kellner Robert Schmidt, Langestr. 79, v. II, theilt uns mit, daß er mit dem in Nr. 302 erwähnten Kellner gleichen Namens, der in der Lindenstraße bei Verausgabung falschen Geldes abgefahrt wurde, nicht identisch ist.

Ein Baumfall hat sich gestern Morgen auf einem Grundstück in der Französischenstraße zugetragen. Der Arbeiter August Stofe aus der Schützenstr. 58 stürzte infolge eines Fehltritts von dem bis zum ersten Stock gediehenen Neubau herab. Schlag mit der linken Körperseite auf unten liegende Steine auf und zog sich schwere innere Verletzungen und eine anscheinend leichtere Kopfverwunde zu. Besinnungslos blieb er auf dem Plaze liegen. Seine Arbeitsgenossen brachten den Verunglückten nach der Charitee.

Der Gastwirth Herr Karl Holms, Wühlensstraße 88, theilt uns zu dem gestern aus seinem Lokal gemeldeten Vorfall mit, daß das für ihn so verhängnißvoll verkaufene Abenteuer mit dem Zeigpeller bereits am heiligen Abend um 5/4 Uhr poffirt ist. Nach seiner Entfernung aus dem Lokal hatte der rabiate Menich nicht allein die Glascheibe der Thür und die Thürklinke zertrümmert, sondern die rechte Hand des Wirths ergriffen und das erste Glied des Ring-fingers völlig abgebißen, auch das zweite Glied hält der Arzt für verloren. Bekanntlich ist der Uebelthäter leider mit seinen Kumpanen entkommen.

Urania. Am Freitag, den 30. Dezember, abends 8 Uhr, wird im großen Theatersaale der Urania Herr Dr. Spiehl bei ermäßigten Ein-trittspreisen „Neuere Versuche mit Röntgenstrahlen“ zum ersten Male demonstrieren.

Aus den Nachbarorten.

Rigdorf. Heute, Freitag, soll ein Flugblatt verbreitet werden, die Genossinnen und Genossen werden ersucht, sich abends 7 Uhr auf den bekannten Stellen einzufinden. Der Vertrauensmann.

In der Charlottenburger Mordsache werden die Er-mittelungen nach verschiedenen Richtungen fortgesetzt. Es ist be-hauptet worden, daß Busse und Sidonie Herrmann sich schon längere Zeit gelant und mit einander verkehrt hätten. Aus einer gewissen Eiferucht soll dann Busse zu dem Morde getrieben worden sein. Dieser Behauptung widerspricht freilich alles, was man bisher er-mittelt hat. Immerhin aber wird sie auf ihre Richtigkeit noch weiter geprüft. Ramentlich werden Reminiscenzen, die Sidonie Herrmann kannten und mit ihr zusammen in Stellung waren, über ihren Verkehr mit Männern, besonders mit Busse, vernommen. Andererseits erstrecken sich die Nachforschungen auf das Vorleben Busse's, das vielleicht Anhaltspunkte für diesen oder jenen Beweg-grund giebt. Die Ermittlungen nach dieser Richtung finden in einem großen Umfange in Berlin statt. Da sie noch nicht ab-geschlossen sind, so kann auch von einem bestimmten Ergebnis noch nicht berichtet werden.

In Charlottenburg führt die Frage der Schulgeld-Erhöhung für die städtischen höheren Schulen immer noch zu lebhaften Meinungsäusparungen. Werden die Arbeiter, die ja leider nur selten in die Lage kommen, ihren Kindern eine höhere Bildung zuwenden, auch kann direkt von der erörterten Frage berührt, so ist es für sie doch interessant zu sehen, wie eine bezügliche Minderheit sich kampf-haft behauptet, auch die Schulbildung zum Monopol der zahlungs-sfähigen Gesellschaftsklassen zu degradiren. Bezeichnend ist da eine in der „Frankf. Ztg.“ veröffentlichte Feststellung, nach welcher von den Stadtvorordneten der ersten Wählerklasse 19 für und nur 2 gegen die Schulgeld-Erhöhung stimmten, während in der zweiten Wähler-klasse das Verhältnis 11 zu 7 war und in der dritten Klasse gar nur drei für Erhöhung und 17 gegen die Maßregel votiren. In Charlottenburg schließt nach der Wählerliste die erste Klasse mit einem Steuerbetrage von (Staats- und Gemeindesteuern zusammen-gerechnet) 2854,20 M. ab, d. h. wer nicht etwa Grundbesitzer oder sonst Realsteuergeldzahler ist, kann hier erst bei einem Einkommen von etwa 40 000 M. in die erste Klasse kommen. Selbst für die zweite Klasse sind noch 663,82 M. an Steuern (unter denselben Voraus-setzungen einem Einkommen von etwa 11 000 M. entsprechend) er-forderlich. Die erste Klasse zählt 247, die zweite 1231, die dritte 25 353 Wähler, d. h. die erste umfaßt 0,9 pCt. der Wählerschaft, die zweite 4,6 pCt., während der ganze Rest von 64,5 pCt. in der dritten Klasse zusammengepackt ist. In einer Stadt von 170 000 Einwohnern entscheiden also über die Frage, ob den minderbemittelten Volksklassen die Ausbildung ihrer Kinder ver-äußert werden soll, die Vertreter der 1478 Bestsitzenen, welche für sich allein die 247 Höchstbesteuerten, wenn es ihren Vertretern ge-lingt, auch nur einigen wenigen Anhang zu finden. Gerade wer daran glaubt, so schreibt das zitierte Blatt, daß in den Besitzenden Klassen ein gewisses soziales Pflichtgefühl vorhanden ist und belebt werden kann, muß doch angesichts eines solchen Verhältnisses eingestehen, daß ein derartiges Wahlsystem, welches die Besitzenden geradezu zur Einseitigkeit herausfordert, am allerbesten geeignet ist, ein solches Pflichtgefühl zu erlösen. — Leider kommt diese Einsicht auch den Kommunal-Liberalen selten anders, als wenn der Eigennutz sich gar zu kraße Blüten giebt. In ihres Wesens Wesenheit hätten sie sich weilsich, zu einer Milderung, geschweige denn zu einer Aufhebung der Klassenherrschaft die Hand zu bieten.

Die Müllabfuhrfrage ist in den an Berlin an-grenzenden Vororten seit einigen Tagen in ein neues, be-denkliches Stadium getreten. Durch die vom Regierungs-präsidenten erlassene Müllverordnung ist namentlich auch den Abfuhr-unternehmern die Beschaffung geeigneter, all den neuen Vorschriften genau entsprechender Abladeplätze derart erschwert, ja in einzelnen Vororten, wie z. B. auch Schöneberg, unmöglich ge-macht worden, daß den Unternehmern nichts weiter übrig geblieben ist, als vorläufig ihre Rettung in Berlin zu suchen, d. h. den von ihnen fortzuschleppenden Müll nach dem Berliner städtischen Ablade-play am Prenzlauer Thor zu fahren und hier gegen die üblichen Gebühren loszuwerfen. Nun ist aber in den letzten paar Monaten Berlin selbst mit seiner Müllabfuhrung dadurch in eine immer schlimmere Lage gerathen, daß es den Müll von seinem Abladeplatz nicht schnell genug zu Schiff wieder weiterzuführen lassen kann, und der Müll sich daher in bedauerlicher Weise immer mehr anhäuft. Infolge dessen hat sich die Stadt Berlin nun gezwungen gesehen, den oben erwähnten Abfuhrunternehmern aus den Vororten mitzutheilen, daß von jetzt ab auf dem städtischen Abladeplatz kein fremder Müll mehr

Bis 10 Uhr Abends geöffnet.

Zum Sylvester

empfehle meine anerkannt vorzüglichen Spirituosen, Liköre, sowie Punsch-Extrakte, nur eigene Fabrikate, nach besten Rezepten hergestellt (auf warmem Wege).

Punsch-Extrakt 1/2 Original-Flasche infl. Flasche Mk. 1.25	Burgunder-Punsch 1/2 Original-Flasche infl. Flasche Mk. 1.75	Cognac in Original-Flasche, infl. Flasche Mk. 1.25
Glühwein-Extrakt do. „ 1.25	Rum , anerkannt gut, Orig.-Flasche, infl. Flasche „ 1.—	Cognac Baillie & Co. , garantiert echt „ 3.—
Rum, Punsch-Extrakt do. „ 1.50	Jamaica-Rum , per 1/2 Str.-Fl. infl. Flasche „ 1.75	Cognac Jules Robin & Co. , garant. echt „ 3.50

Meine Spezialität: **Eier-Cognac**, in Qualität unerreicht, per 1/2 Str.-Flasche **1.25**, per 1/4 Str.-Flasche **1.65**, per 1/8 Str.-Flasche **2.—** inklusive Flasche.

Fabrik-Versand u. Kaufhaus: **Jacques Raphaëli**, Inhaber: **Th. Büsing.**
An der Spandauer Brücke 2.

Man verlange mein Preisbuch 1898/99 gratis u. franco!

Beim Quartalswechsel empfehlen sich folgende Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengel, Fruchtstraße 30, Hof II. — **SO.:** Fritz Thiel, Schillerstr. 35 v. part. — **Sechster Wahlkreis (Noahit):** Karl Kunder, Salzweidenstraße 8, part. im Laden. — **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 14. — **Gesundbrunnen:** Wilhelm Gahmann, Grünthalstraße 64/65. — **Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt:** Karl Marx, Kastranien-Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav Schärberg, Schillerstr. 94, v. 1. Gruppe. — **Deutsch-Wilmersdorf:** Frau Kähler, Sigmaringenstr. 34, und Frau Deinemann, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung“ zu erhalten). — **Rixdorf:** Oskar Mann, Erdstraße 6. — **Schöneberg:** Wilhelm Baumler, Weisigerstr. 59, Seitenflügel part. — **Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneeweide:** Otto John, Ober-Schöneeweide, Siemensstraße 7, Zigarrengeschäft. — **Nieder-Schöneeweide:** Karl Weber, Zigarrengeschäft. — **Johannisthal:** Senfleben, Restaurateur. — **Friedenau-Steglitz:** S. Kerpner, Kirchstraße 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: S. Wöhr, Döppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Hornstraße 15a. — **Baumschulweg:** Godel, Baumschulstr. 52 v. III.

Kuherdem ist sämtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegen genommen.

Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.

Bitte ausschneiden!

„Jägerhaus“, Schönhauser Allee 103.

Empfehle den Genossen meinen neurenovierten Saal für Vereine sowie für Privatgesellschaften. Ein Vereinszimmer ist noch zu vergeben. 30852*

Karl Köhn.

Nach Weihnachten habe ich die Preise für **Knaben:** Anzüge, Kragenmäntel, Joppen, Ostziermäntel, bedeutend ermäßigt, um noch vor Eintreffen der Frühjahrs-Neuheiten vollständig zu räumen.

Herrmann Schlesinger,
Pücklerstr. 39.

Die vom Weihnachtsgeschäft übrig gebliebenen **Spielwaren** werden von heute ab an die Käufer anderer Artikel **verschenkt.** Je größer der Einkauf, desto größer das Geschenk!

Herrmann Schlesinger,
Pücklerstr. 39.



Uhren! Goldwaaren!
Elegante Neuheiten in jeder Preislage. Opt. Artikel, Brillen auch nach ärztl. Vorschrift. Einf. für 2 eigene Geschäfte, Reparatur-Werkstatt im Hause. **Uhrmacher, Konrad Friese, Juwelier.**

1. Geschäft: Müllerstr. 4, direkt am Weddingplatz. 2. Geschäft: Fennstr. 61. Mein Lager in Wollweberstr. befindet sich Müllerstr. 4. Symphonion-Spielböden von 7 M. an. Sceptophons werden billig vertrieben.



Charlottenburg!
Grosses Lager! 517L*
Reparaturen gut und billig.
Uhrmacher F. Kunstmann, Wallstrasse 1.

Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 181.
Konstante H. & M. Lewent. Beamten Zahl. Deb. ohne Anzahl.

Burgunder-Punsch

anerkannt vorzüglich à Strfl. Mk. **3,50.**

Rum

No. 3 Fac. ca. 50% stark. à Liter Mk. 1.— 5 Liter Mk. 4,50, — 100 Liter Mk. 85,00.

Jamaica-Rum echt und echt Verschnitt à Literflasche Mark 1,60, 2,10, 3,10, 4,50.

Glühwein-Extrakt

aus deutschem Wein, ausgezeichnet im Geschmack, à Liter Mk. 1,20, 5 Liter Mk. 5,50, 10 Liter Mk. 10,—.

Punsch-, Grog-Extrakt

wohl-schmeckend und kräftig à Strfl. Mk. **1,60.**

Eugen Neumann & Co.

Fernsprecher Amt IV. 9676 und 3679.

Verkaufsläden: Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV, 3679. — Neue Friedrichstraße 81. — Oranienstraße 190. — Genthinerstraße 29. — Grüner Weg 56. — Wisnackerstraße 25, Amt II, 2632. — Kommandantenstraße 67. — Eisasserstraße 19. — Charlottenburg: Kaiser Friedrichstraße 48. — Schöneberg: Hauptstraße 129. — Niederlagen: Putznerstraße 35. — Landbergerstraße 88. — Potsdam: Bäderstraße 7.

Fachschule der Maler Berlins. XVI. Semester.

Der Unterricht für das halbe Wintersemester 1899 beginnt am Montag den 2. Januar 1899, abends 7 Uhr, im Schullokal Manteuffelstraße 7, 193/195, Gemeindeschule (Kula), für Dekoration, Holz- und Wandmalerei. Schnellste Ausbildung nach bewährter, praktischer Lehrmethode, der Neuzeit entsprechend.

Kommelungen werden nur in der Fachschule bei der Kommission entgegen genommen.

Die Fachschulkommission. N. W.: P. Plume, Chorinerstr. 68.

Rum

nicht von Essen, sondern nur wohlbedunlichster reiner Jamaica-Berlein. pr. 1/2 Fl. (1/2 Liter) von 90 Pf. 1/2 Flasche von 60 Pf. infl. an.

Punsch-, Grog-, Glühwein-Extrakt pr. 1/2 Fl. (1/2 Liter) von 1,10 Mk. 1/2 Fl. von 60 Pf. infl. an, empfiehlt die Weinhandlung und Spirituosen-Fabrik von

Ignatz Sello,
110 Brunnenstr. 110
(neben dem Pferdebahnhof)
Nur Nr. 110.

Gefällt Ihnen Ihre Cigarre nicht?
Versuchen Sie, bitte, meine hochfeinen Spezialmarken! pr. 100 Stk. 2,50, 3,30, 4,—, 4,50, 5,— etc.
W. Horstmann, Berlin O.,
Krautstraße 51, 1. Etage.

Vereine.

Die Sonntage der Winter-Saison sind an Vereine zu vergeben. **Fritz Nagel,** „Feldschlößchen“, Müllerstr. 142.

Zu Sylvester empfehle billig **Punsch, Grog, Glühwein**
Reinhold Kunisch, Badstraße 47/48.

Die weltbekannte Bettfedern-fabrik

GustavWaltig, Berlin, Prinzenstraße 46, versendet gegen Nachnahme sofort neue Bettfedern à Pfd. 35 Pf., bessere halbdunen à Pfd. 38-1,25, beste halbdunen à Pfd. 38-1,75, vorzügliche Dunnen à Pfd. 38-2,25. Von diesen Dunnen genügen 3 bis 4 Pfd. zum großen Oberbett. Verpackung frei. Preis u. Proben gratis. Bitte Anfertigungsfrist.

50 pSt. unt. Ladenpreis kauft man Uhren, Goldsachen, Brillanten etc. im Verkaufshaus **H. Graff, Weidstr. 5, I** (2862)*

Central-Festsäle, Alte Jakobstraße 89, (neben Central-Theater). Empfehle meine Säle, 100-500 Personen fassend (mit Bühne), zu Festlichkeiten, öffentlichen wie Vereinsversammlungen, Sommerfesten etc. zu den günstigsten Bedingungen. (279*) **Franz Müller.**

2 Vereinszimmer f. Gesangsvereine u. **Arbeitsanjüge** **W. Fahr** **Stattfuß** zu verg. **Dredenerstr. 111.** **Brunnenstr. 112.**

Oranien-Hallen
Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz. Inhaber: **Hermann Scholze** 63229* empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten. Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

Die durch das tolle Weihnachtsgeschäft angesammelten **Reste** werden jetzt spottbillig geräumt.
Herrmann Schlesinger,
Pücklerstr. 39.

Bei dieser Raste **Winter-Anzüge,** will ich **Paletots, Joppen, Mäntel,** noch meine **wollene Westen, Jacken,** **Normalhemden, Hosens etc.** räumen und habe deshalb die Preise für **Herren-Garderobe** bedeutend ermäßigt.
Herrmann Schlesinger,
Pücklerstr. 39.

Ausserordentliche Botschaft! Was ist M. & W. Müller's Nordlicht-Magenwein

Ein ganz neues, vorzüglich feinschmeckendes, erquickendes Getränk!!!

Kein Kräuterliqueur irgend welcher Art;

sondern aus **M. & W. Müller's** allbeliebten Nordlicht zur Hälfte mit süßem Ungarwein hergestellt.

M. & W. Müller's Nordlicht-Magen-Wein ist nur echt

in den Original-Korbflaschen mit grüner Goldrandkapsel, gelben Etiquett mit Ungarbildniss, Firma und Ungarbild im Glase

à Flasche **1,25 Mark inclusive.**

Ebenso **M. & W. Müller's Nordlicht** à Original-Literflasche **Mk. 1,00 inclusive.**

Zu haben in allen besseren Destillationen, Delikatess- und Kolonialwaaren-Geschäften.

Prämirt 1896. Goldene Medaille. Ehreuzengaltes. **M. & W. Müller, Kornbranntwein-Brennerei,** Prämirt 1896. Goldene Medaille. Ehreuzengaltes.

BERLIN SO., Waldemar-Strasse 29.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.